Nr. 187 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 94

Morgen-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 90.— M., monatl. 30.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 30.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 64.— M., für das übrige Ausland 82.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 21. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Beilegung der Genua-Krise.

Genua, 20. April. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Der Zwischenfall in Genua kann als beigelegt betrachtet werden. Die deutsche Regierung wird morgen früh ihre Note überreichen. In der kurzen Antwort wird gesagt, daß Deutschland bereit ist, aus der Unterkommission für russische Fragen auszutreten.

*

In Genua scheint nun also eine Verständigung erzielt worden zu sein, die den Fortgang der Konferenz sichert. Heute früh wird die deutsche Delegation eine Note überreichen, in der zugegeben werden wird, daß Deutschland an der Behandlung der Fragen, die zwischen ihm und Rußland vertraglich geregelt sind, nicht weiter interessiert sei, also auch auf seine Zuziehung zu ihrer Beratung verzichte. Es gebe aber auch Fragen, die durch das deutsch-russische Sonderabkommen nicht geregelt sind, und an diesen bleibe Deutschland weiter interessiert. Die Autoren der gegen das Verhalten Deutschlands gerichteten Protestnote dürften diese deutsche Erklärung zur Kenntnis nehmen, und damit dürfte der Zwischenfall erledigt sein. Selbstverständlich ist auch zu erwarten, daß sich die deutsche Delegation gegen den Vorwurf der Illoyalität zur Wehr setzen wird, doch dürfte dies in einer Form geschehen, die weitere Gegenerklärungen nicht notwendig macht.

Es kommt also weder eine Annullierung des Russenvertrages noch seine Vorlegung in der Konferenz in Frage. Die letztere ist um so weniger zu erwarten, als in Abwesenheit der Deutschen eine Diskussion des Vertrages nicht möglich ist, sollte sie gewünscht werden, so würde es notwendig werden, die Deutschen doch wieder zuzuziehen. Wie die Grenze gezogen werden wird zwischen den Verhandlungen, an denen die Deutschen teilnehmen, und den anderen, an denen sie nicht teilnehmen sollen und wollen, ist noch nicht ganz klar. Hoffentlich gelingt es, diese Frage so zu regeln, daß weitere Reibungen vermieden werden.

Wer lebt, kann noch hoffen, und die Konferenz lebt noch. An ihrer Rettung hat sich der italienische Außenminister Schanzer besondere Verdienste erworben, indem er stets um kluge und gerechte Vermittlung bestrebt war. Man kann nur hoffen, daß sie sich von dem Schlag, der sie getroffen hat, ganz erholen und daß sie die Kraft gewinnen wird, die ihrer noch harrenden großen Aufgaben zu erledigen. Sollte dabei der Knalleffekt des plötzlichen deutsch-russischen Vertragsabschlusses durch andere Fragen in den Hintergrund des Interesses gedrängt werden, so wäre das nur zu begrüßen.

Man kann die Frage, ob der Zwischenfall überhaupt notwendig war, immer noch offen lassen, jedenfalls aber scheint — die Richtigkeit unserer Informationen vorausgesetzt — die Art, in der er beigelegt wurde, immer noch die denkbar günstigste gewesen zu sein. In der Note der Alliierten war gesagt worden, daß die Deutschen durch Vorwegnahme ihrer eigenen Stellungnahme in der russischen Frage ihre Absicht zu erkennen gegeben hätten, auf eine Erörterung dieser Frage in Gemeinschaft mit den übrigen Konferenzteilnehmern zu verzichten. Ob diese Konsequenz von der deutschen Delegation vorausgesehen wurde, als sie den Russenvertrag unterzeichnete, wissen wir nicht, daß sie bis zu einem gewissen Grade der Logik entspricht, ist nicht zu bestreiten. Denn Deutschland hat mit den Russen seinen Handel bereits abgeschlossen, die anderen wollen den ihren mit ihm erst abschließen. Eine gewisse Verminderung des deutschen Interesses an dem weiteren Gang der Verhandlungen mit Rußland, wenn nicht schon ein völliges Desinteressement ergibt sich daraus von selbst.

Für die Konferenz dürfte damit der deutsch-russische Vertrag erledigt sein. Außerhalb der Konferenz will Herr Poincaré gegen seine Rechtsgültigkeit einen Prozeß anstrengen, der nicht besonders aussichtsvoll erscheint. Er ist offenbar mit der Verständigung, die in Genua erreicht worden ist, sehr wenig zufrieden. Für uns kann das nur ein Grund mehr sein zu wünschen, daß sie Bestand habe und die Grundlage zu neuen Verständigungen bilde, die mehr als bloße notdürftige Kompromisse zur Ueberwindung entstandener „Zwischenfälle" sind. Gelingt es der deutschen Delegation, dieses Ziel zu erreichen, so wird sie nach ihrer Rückkehr daheim einen viel besseren Empfang finden, als er sie in den letzten sorgenreichen Tagen zu erwarten schien.

Lloyd George über den Zwischenfall.

V. Sch. **Genua**, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des heutigen Vormittags wurde die deutsche Antwortnote nicht überreicht. Dafür fanden Unterredungen zwischen Rathenau und Schanzer, zwischen Schanzer und Lloyd George und zwischen Lloyd George und Barthou statt, die sich offenbar auf den Text der deutschen Antwortnote bezogen. Der italienische Minister des Aeußern spielte dabei die Vermittlerrolle zwischen Deutschland und der Entente, doch mußte man über das Ergebnis dieser Besprechungen überhaupt nichts Positives, als um die Mittagsstunde mitgeteilt wurde, daß Lloyd George die Pressevertreter aller Länder um 4 Uhr in Palazzo San Giorgio empfangen würde.

Zur festgesetzten Stunde saßen Hunderte von Journalisten im großen Saale des Palais beisammen, in dem die Eröffnungssitzung am vorigen Montag stattgefunden hatte. Lloyd George erschien und ergriff sogleich das Wort. Er hielt zuerst eine kurze Einleitungsrede, in der er ausführte, daß er seiner Gewohnheit gemäß mit der Presse zusammenkommen wollte, um ihr alle gewünschten Auskünfte zu erteilen. Er bitte daher, daß man ihm sofort Fragen stelle. Er fügte hinzu, es seien zwei Kategorien von Leuten nach Genua gekommen, diejenigen, die den Erfolg der Konferenz aufrichtig wünschen und diejenigen, die ebenso aufrichtig ihren Mißerfolg herbeisehnten. Auf den Zwischenfall des Vertrages von Rapallo übergehend, sagte er lächelnd, daß eigentlich die Journalisten darüber besser informiert sein müßten als er, da er selber auf die Pressenachrichten angewiesen gewesen sei. Er fügte hinzu — und das war das wesentlich Neue seiner Darlegungen, weil dies die erste positive Nachricht über den Stand der Dinge war —, daß er fest glaube, der Zwischenfall könne als erledigt betrachtet werden. Lloyd George fuhr fort, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, noch im Laufe des heutigen Tages die Antwort der Russen auf das Londoner Memorandum zu erhalten.

(Hier wurde der Bericht unseres Korrespondenten unterbrochen. Bis in die späten Nachtstunden war eine neue Verbindung nicht herzustellen. Red. d. „V.".)

*

Genua, 20. April. (EP.) Das Frage- und Antwortspiel Lloyd Georges mit den Pressevertretern nahm folgenden Verlauf: Auf die Frage, ob es wahr sei, daß Rathenau behauptet habe, Lloyd George sei über den deutsch-russischen Vertrag unterrichtet gewesen, erwiderte er, Rathenau habe mit ihm davon nicht gesprochen und sich ihm gegenüber darüber nicht geäußert. Er habe von der Unterzeichnung durch niemand anders als durch seine Kollegen erfahren.

Auf die Frage, wie die Deutschen sich zur Note stellen, erklärte Lloyd George, sie trügen den Wünschen der Alliierten Rechnung. Die Deutschen würden nicht an den Verhandlungen des politischen Ausschusses über das allgemeine Abkommen mit Rußland teilnehmen.

Auf die Frage, ob der Vertrag die außerordentliche Spannung rechtfertige, die der Zwischenfall hervorgerufen habe, erklärte Lloyd George, er wolle keine bösen Worte gebrauchen, müsse aber feststellen, daß die Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung erfolgt seien und daß Deutschland auch in der politischen Kommission vertreten sei. Er erblicke jedoch in dem Umstand eine unloyale Haltung, daß man hinter dem Rücken der Kollegen ein Sonderabkommen abgeschlossen habe. Wenn irgendeine andere Delegation, und selbst die englische, französische oder italienische Delegation, ein solches Abkommen hinter dem Rücken getroffen hätte, so könnte man sich die Kritik vorstellen, die ein solcher Schritt zur Folge hätte. Die energischen Maßnahmen, welche von den Alliierten getroffen worden seien, seien durchaus gerechtfertigt.

Auf die Frage, ob Lloyd George den Eindruck habe, daß die Deutschen und Russen durch den Vertrag die Konferenz sprengen wollten, antwortete der Ministerpräsident verneinend.

Auf die Frage, ob nicht durch den Zwischenfall die Arbeiten der Konferenz verzögert worden seien, erwiderte Lloyd George, es sei keine Zeit dadurch verloren worden. Die Arbeiten der Konferenz hätten sowieso einen Stillstand erfahren, da man die Antwort der Russen hätte abwarten müssen.

Im übrigen erklärte Lloyd George, daß, wenn man in Genua nicht zu einem wahren Friedensschluß gelange, der zu einem vollkommenen Wiederaufbau Europas führe, die Konferenz als gescheitert zu betrachten sei. Sie werde aber bestimmt mit einem solchen Frieden enden, und diejenigen, die eine Sprengung der Konferenz wünschten, dürften nicht auf ihre Rechnung kommen.

Auf die Frage, welche Leute das seien, erwiderte Lloyd George wörtlich, „das seien Leute, die von Haß und Völkerfeindschaft beseelt sind".

Auf die Frage, ob es gerechtfertigt sei, daß innerhalb einer großen Konferenz private Besprechungen einzelner Staaten und Delegationen stattfinden, erklärte Lloyd George, solche Besprechungen seien durchaus notwendig. Auch auf der Washingtoner Konferenz, die einen so großen Erfolg gehabt habe, hätten Besprechungen einzelner Delegierter untereinander stattgefunden. Solche Besprechungen seien nicht nur gerechtfertigt und nützlich, sondern auch durchaus erwünscht. Sobald die russische Frage erledigt sei, müsse die Frage eines allgemeinen Verzichts auf Angriffe gegen die Länder gemäß Artikel 6 des Beschlusses von Cannes erledigt werden. Es sei sehr wichtig, daß die Konferenz auch in dieser Beziehung zu einem Abkommen gelangt.

Es wurden an Lloyd George dann noch weitere Fragen über den deutsch-russischen Vertrag gerichtet. Er erklärte jedoch, er halte ein näheres Eingehen auf diese Fragen nicht für zweckmäßig, da der Zwischenfall erledigt sei und wiederholte, daß er nicht behauptet habe, der Vertrag sei ein Attentat auf die Konferenz. Er sei überzeugt davon, daß er nicht mit der Absicht, die Konferenz zu sprengen, abgeschlossen worden sei. Es sei möglich, daß die Folgen dieses Vertrags eine Störung der Konferenz hätten bedeuten können, doch könne er nur seine Meinung betonen, daß diese Absicht den vertragschließenden Parteien ferngelegen habe.

Auf die Frage, ob die Konferenz von Genua ihre Beschlüsse selbst ausführen könne oder ob sie nicht dem Völkerbund übertragen würden, erwiderte Lloyd George, die Verwirklichung der beabsichtigten Aufgaben des Völkerbundes sei nicht möglich, solange Rußland und Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen seien.

Mehrere Anfragen über den Verlauf der deutsch-russischen Verhandlungen beantwortete Lloyd George dahin, ein Eingehen auf diese Frage würde nur zur Verschärfung der Stimmung beitragen, weshalb man nicht auf deren Beantwortung beharren solle.

Zum Schluß sagte er, **er rechne ganz bestimmt mit einem Erfolg der Konferenz und glaube, daß ein einträchtiges und versöhnliches Europa aus ihr hervorgehen werde.**

*

Die Ausführungen Lloyd Georges über den erledigten Zwischenfall erfolgten, wie besonders hervorgehoben werden muß, auf Grund der bisherigen Besprechungen zwischen den deutschen Delegierten und den Delegierten der Großmächte der Entente. Der deutschen Delegation wird nunmehr Gelegenheit geboten, den endgültigen Text der Antwort auf die Aeußerungen Lloyd Georges einzustellen.

Poincaré fordert Aufhebung des Vertrags.

Paris, 20. April. (WTB.) Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Poincaré in der heutigen Sitzung des Kabinettsrats Bericht über seinen Schritt bei den Regierungen der alliierten Staaten und der Kleinen Entente erstattet. Diesen Regierungen ist eine Note zugegangen, in der sie ersucht werden, sich über eine an Deutschland zu richtende Aufforderung zu verständigen, daß der deutsch-russische Vertrag von Rapallo annulliert werden müsse. Poincaré ist der Ansicht, daß diese Maßnahme durch Verständigung von Regierung zu Regierung beschlossen werden kann, da nach seiner Auffassung der von den deutschen Vertretern begangene Fehler gewissermaßen über die Kompetenz der Konferenz von Genua hinausgehe. Der Wortlaut der Aufforderung an Deutschland soll von der Botschafterkonferenz auf Anweisung der alliierten Regierungen festgesetzt werden. Falls die Annullierung der deutsch-russischen Konvention in Genua nicht zu erreichen wäre, hätten auf diese Weise die Alliierten eine Möglichkeit, sie außerhalb der Konferenz zu verlangen.

Zu dieser neuesten Initiative des französischen Ministerpräsidenten schreibt das „Journal des Débats", offensichtlich könne die Frage aufgeworfen werden, ob die französische Regierung nicht auf diese Weise eine Parallelaktion zu derjenigen beginne, die gestern Lloyd George im Einvernehmen mit den alliierten Delegationen in Genua unternommen habe. In amtlichen Kreisen scheint man indessen der Ansicht zu sein, daß selbst für den Fall, daß in Genua die verlangte Annullierung durchgesetzt würde, noch Anlaß gegeben wäre zu einer Prüfung der Frage, ob diese Annullierung aufrichtig und wirksam sei. Eine einfach obenhin ausgesprochene Formel würde in der Tat nicht genügen. Man stehe vor einem ernsten politischen Problem, das politisch behandelt werden müsse.

Tendenzmeldungen.

Berlin, 20. April. (Amtlich.) Pariser Blätter stellen die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe etwa 12 000 Mann Stoßtruppen nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen, und in Oberschlesien kündige sie an, daß sie bereit sei zum Widerstand. Diese Nachricht ist in allen Teilen erfunden. Irgendeine Verschiebung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeistreitkräften hat nicht stattgefunden. Ebenso unverständlich und aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstand in Oberschlesien. Die ausländischen Pressemeldungen von Uneinigkeiten in der deutschen Delegation in Genua sind gleichfalls falsch. Die Delegation ist vollkommen einig.

Der Daily Telegraph verbreitete gestern eine Meldung über eine deutsch-russische Militärkonvention. Diese Nachricht zeigt wiederum, mit welch groben Mitteln der Stimmungsmache auf der Gegenseite gearbeitet wird. Die Behauptung einer deutsch-russischen Militärkonvention ist von deutscher amtlicher Seite bereits als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet worden.

Prager Verständigungswille.

Von Rudolf Illoy.

Prag, 15. April 1922.

Die Ansichten der tschechischen Parteien über die Konferenz in Genua sind sehr geteilt. Die einen erhoffen von ihr eine Lösung der wirtschaftlichen Fragen Mitteleuropas und den Wiedereintritt normaler Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten. Mit der Hoffnung auf einen guten Ausfall der Konferenz hegen sie gleichzeitig den Wunsch, die Konferenz möge zur wirklichen Friedenskonferenz werden, damit der Wiederaufbau Europas endlich beginnen könne. Sie wünschen daher, daß diese Konferenz allen notleidenden Staaten Europas helfe, also neben anderen auch Deutschland und Rußland, sie wünschen, daß nach einer Periode des Vernichtungswahnsinns und der gegenseitigen Feindschaft eine Epoche der friedlichen Arbeit aller Nationen und eine Zeit des Abbaues des Hasses einsetzte. Zu dieser Gruppe gehören alle fortschrittlich und sozialistisch gesinnten Elemente und in erster Reihe die tschechischen Sozialdemokraten.

Die andere Gruppe verspricht sich von der Genueser Konferenz gar nichts oder sehr wenig und sieht ihren eventuellen Resultaten mit übertriebener Skepsis entgegen. Zu dieser Gruppe sind die Nationalisten und die Kommunisten zu zählen. Die Nationalisten befürchten, in Genua könnten Deutschland gewisse Konzessionen behufs leichterer Tragung der Reparationskosten gemacht werden. Außerdem ist ihnen überhaupt nicht recht, daß mit Sowjetrußland in Genua verhandelt wird, und sie fürchten, daß durch die Anerkennung der Sowjetrepublik seitens der Westmächte das Ende des Zarismus in Rußland besiegelt wäre. Aus diesen Gründen kritisieren sie alle Reformpläne sehr abfällig und bringen insbesondere der Politik Lloyd Georges wenig Sympathie entgegen. Die Kommunisten, welche ihre Anschauungen täglich wechseln, fürchten, daß bei einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Propaganda gänzlich Schiffbruch erleiden würde.

Dieses Bild entspricht so ziemlich der Gruppierung der einzelnen tschechischen Parteien. Trotzdem noch immer eine allnationale Regierungskoalition am Ruder ist, in welcher Sozialdemokraten, Nationalsoziale, Nationaldemokraten, Agrarier und Klerikale vertreten sind, besteht eine Kluft zwischen den Anschauungen der nationalistischen und sozialistischen Parteien. Die Repräsentantin des nationalen Chauvinismus ist die nationaldemokratische Partei, welche außerdem noch eine ausgesprochen kapitalistische und antisoziale Politik verfolgt, so daß die Sozialdemokraten trotz Koalition häufig gezwungen sind, gegen sie energisch zu Felde zu ziehen. Die Nationaldemokraten sind eine kleine Partei, haben bloß ein Dutzend Abgeordnete im Parlament, aber ihr Einfluß ist gewaltig. Sie stützen sich auf die Bourgeoisie, welche nicht mehr, wie vor dem Kriege, ein Kleinbürgerstand, sondern eine Kapitalistenklasse ist. Die gesamte tschechische Geschäftswelt, die Industrie und vornehmlich die Banken sind die festesten Säulen der Nationaldemokratie. Ihre Position erfährt eine weitere Festigung durch die tschechische Bureaukratie, welche sich bis zu 90 Proz. aus Anhängern der Nationaldemokratischen Partei rekrutiert. So kommt es, daß der tschechoslowakischen Republik nach außenhin das Gepräge eines kapitalistischen Staates gegeben wird, was jedoch den Tatsachen nicht entspricht.

Während die Sozialdemokraten einen nationalen Frieden herbeisehnen und für die Verständigung mit den Deutschen arbeiten, ist das Ideal der Nationaldemokraten die Politik der starken Faust. Ebenso, wie sie vor der Möglichkeit einer Lösung der deutschen und russischen Frage durch Genua zurückschrecken, sehen sie in einem Zusammenarbeiten der tschechischen und deutschen Parteien die Schwächung ihrer jetzigen Machtstellung. Alles deutet darauf hin, daß es in der kürzesten Zeit zu Unterhandlungen zwischen den tschechischen und deutschen Parteien kommen wird, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß das Ergebnis dieses „innerpolitischen Genua" trotz der Intrigen der Nationaldemokraten und dem Radau der Alldeutschen diesmal ein zufriedenstellendes sein wird. Man spricht bereits von einer baldigen Rekonstruktion des Kabinetts, ja sogar von einem Regierungswechsel nach Beendigung der Konferenz in Genua; die Deutschen werden zwar auch dann noch nicht in der Regierung vertreten sein, jedoch rechnet man schon jetzt damit, daß es auch dazu bald kommen wird.

Es liegt aber an den Deutschen, ob sie sich von realen Tatsachen oder von unmöglichen Phantasien, welche sich bloß für deutschnationalen Wählerfang eignen, leiten lassen. In erster Reihe hängt alles von der Politik, welche die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei einschlagen wollen, ab. Das Vorbild der kommunistischen Einheitspartei ist zwar weder für die Tschechen noch für die Deutschen ein anzustrebendes Ideal, und dieser kommunistische Versuch dürfte bald jämmerlich zusammenbrechen, aber ein innigeres Verhältnis zwischen den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten wäre wirklich sehr zu begrüßen. Trotzdem die tschechische Sozialdemokratie zur 2. Internationale und die deutsche zur Wiener Arbeitsgemeinschaft gehören, könnte ein Bindeglied zwischen ihnen leicht gefunden werden.

Die jetzigen großen sozialen Kämpfe in der Tschechoslowakei werden diesen Prozeß beschleunigen. Wie bereits früher an dieser Stelle vorausgesagt, brachte das Frühjahr große Lohnkämpfe mit sich. Die Arbeiter verlangen zwar keine Erhöhung ihrer Löhne, sondern wehren sich nur gegen die ihnen von den Unternehmern diktierten Lohnherabsetzungen. Eine Industriegruppe nach der anderen kündigt die bisherigen Kollektivverträge und verlangt von den Arbeiterorganisationen die Unterzeichnung neuer, bedeutend verschlechterter Verträge. Die Initiative zu allen diesen Maßnahmen geht wie immer von dem tschechisch-deutschen Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen aus.

Die tschechoslowakische Industrie leidet sehr unter der jetzigen Wirtschaftskrise und kann infolge des Hochstandes der tschechischen Krone nicht exportieren, so daß die Fabrikbesitzer ein leichtes Spiel gegen die Arbeiter haben, deren Streiks ihnen nicht viel Schaden anrichten. Gegenwärtig tobt ein heftiger Kampf in der Metallbranche. Die Metallfabrikanten, welche in ihren Bilanzen für das vergangene Jahr Riesengewinne aufweisen, verlangen von ihren Arbeitern eine 25proz. Herabsetzung der Löhne.

Wenn es den Unternehmern gelingen sollte, die Lohnreduktionen in allen Industriezweigen durchzusetzen, würden die Herstellungskosten der tschechoslowakischen Fabrikate sich zwar etwas billiger stellen, jedoch trotzdem nicht exportfähiger werden. Die Macht der Kapitalisten und mit ihr auch der Einfluß der großbürgerlichen Parteien würde aber dann ungeheuer wachsen. Um dies zu verhindern, werden sich die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie in eine Kampffront gegen die vereinigte tschechische und deutsche Bourgeoisie stellen müssen. Sie werden gezwungen sein, gemeinsam gegen die von den Unternehmern beabsichtigte Herabdrückung des Lebensniveaus der Arbeiter, gegen den Ansturm des internationalen Kapitals und gegen die heuchlerischen Prediger des nationalen Hasses zu kämpfen.

Der Waffenkeller in Pernitz.

Aus Belzig (Mark) wird uns geschrieben:

Auf dem Landratsamt Belzig erschien gestern ein Ententeoffizier und erbat sich zum Waffensuchen einen Landjäger. Der Offizier fuhr mit dem Beamten nach Pernitz auf das Grundstück des Stellmachers Meyer. Nach einem Grundriß nahm der Offizier eine Durchsuchung des ganzen Gehöftes vor. Im Keller versteckt wurden viele Hunderte von Ausrüstungsgegenständen, darunter 130 Stahlhelme, Gewehrschäfte usw. vorgefunden. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und vom Landratsamt Belzig an die Reichstreuhandgesellschaft Brandenburg gesandt.

Sächsische Parlamentskrise.

Im Freistaat Sachsen steht die Frage der Landtagsauflösung im Brennpunkt der Erörterung. Sie ist aktuell geworden durch das Verhalten der Kommunisten, die im Landtage im allgemeinen zwar der aus Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildeten Regierung die notwendige parlamentarische Unterstützung gewährten, kürzlich aber in Gemeinschaft mit sämtlichen bürgerlichen Parteien den Justizetat ablehnten. Nachdem sie dieses Heldenstück vollbracht hatten, erklärten die Kommunisten zwar, sie hätten gar nicht die Absicht gehabt, gegen den Justizminister zu demonstrieren, sondern hätten nur den Justizetat ablehnen wollen. Es war ihnen augenscheinlich gar nicht klar geworden, daß mit der Ablehnung des Gesamtetats auch dem sozialistischen Minister das Gehalt verweigert wurde.

Die verfahrene Situation wurde wesentlich dadurch verschärft, daß in derselben Sitzung der Antrag der sozialistischen Parteien angenommen wurde, den 1. Mai und den 1. November für Sachsen als gesetzliche Feiertage zu erklären. Darauf haben nun die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler einen formellen Antrag auf Volksentscheid eingereicht, der auf die Auflösung des Landtages hinzielt. Der Volksentscheid soll gleichzeitig auch über die Rechtsgültigkeit der neuen Feiertage herbeigeführt werden.

Alsbald nach seinem Wiederzusammentritt wird sich also der Landtag mit seiner Auflösung zu beschäftigen haben. Die Kommunisten, die bisher als „anonyme Regierungspartei" das Fortbestehen der sozialistischen Regierung ermöglicht hatten, sollen die Absicht haben, den Auflösungsantrag der Rechten zu unterstützen. Sie waren ja bei den bisherigen Mehrheitsverhältnissen das Zünglein an der Wage und würden es wahrscheinlich auch nach den Neuwahlen bleiben.

Ob jedoch bei einer Neuwahl eine wesentliche Veränderung des Landtagsbildes erzielt würde, ist sehr zweifelhaft. Möglich wäre immerhin eine Verschiebung innerhalb der bürgerlichen Parteien zuungunsten der Demokraten, die infolge ihrer schwankenden Haltung immer mehr den Boden im Volke verlieren.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage besonders brennend, ob sie einen Wahlkampf unter der Parole „für eine sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition" führen kann. Mit den Kommunisten eine gemeinsame Politik zu machen, ist, wie Sachsen aufs neue erwiesen, so gut wie unmöglich. Unsere Partei wird sich für den Fall der Landtagsauflösung also auf einen harten Wahlkampf einrichten müssen, den sie aus eigener Kraft und wahrscheinlich ohne Rücksicht auf ihre bisherigen Koalitionsgenossen von links ausfechten muß.

Beileidskundgebungen zum Tode Hues.

Die Unabhängige Parteileitung hat an den Parteivorstand der SPD. folgendes Telegramm gerichtet: „Zentralleitung und Reichstagsfraktion der USPD. sprechen ihre Teilnahme zu dem Ableben Otto Hues aus."

Der preußische Ministerpräsident Braun hat an die Witwe des Abg. Hue die folgende telegraphische Beileidskundgebung gesandt: „Die preußische Staatsregierung nimmt an dem Hinscheiden Ihres Gatten den herzlichsten Anteil. Sein Tod bedeutet für das politische Leben Deutschlands eine kaum auszufüllende Lücke. Das Andenken dieses ausgezeichneten, insbesondere um das rheinisch-westfälische Industriegebiet und seine arbeitsame Bevölkerung hochverdienten Mannes wird unvergeßlich bleiben."

Die Gewerkschaftsinternationale.

Rom, 20. April. Heute wurde hier der Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eröffnet, an dem 200 Delegierte teilnehmen, die 20 Länder vertreten. D'Aragona hielt namens des italienischen Gewerkschaftsbundes die Begrüßungsansprache.

Preußische Kunstpflege.

Die öffentliche Kunstpflege ist das Gebiet, auf dem sich auch heute, unter den traurigsten Finanzverhältnissen, Mustergültiges und und Segensreiches schaffen ließe. Mit relativ geringen materiellen Mitteln könnten hier Reformen durchgeführt werden, die eine mächtige Förderung der deutschen Kultur zur Folge haben würde, und durch die unser geknechtetes und ausgepowertes Deutschland anderen Ländern zum Vorbild werden müßte.

Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflichten und Ziele auf diesem Gebiet bewußt. Der Reichskunstwart Redslob, unterstützt und gefördert vom Staatssekretär Heinrich Schulz, hat innerhalb der leider sehr engen Grenzen seines Ressorts in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit, teils anregend, teils produktiv schaffend, Hervorragendes geleistet. Namentlich dem deutschen Kunsthandwerk hat er neuen Lebensmut eingeflößt, ihm neue Bahnen gezeigt und erschlossen und die Keime einer gesunden, volkstümlichen Tradition gepflanzt. Schon beginnt der vorsichtig beackerte Boden Früchte anzusetzen, die eine reiche und schöne Ernte hoffen lassen.

Aber während in der Kunstpflege des Reiches ein jungfrischer, belebender Frühlingswind weht, herrscht in der des Preußischen Staates noch immer die muffige Atmosphäre eines sterilen Bürokratismus und reaktionärer Geheimrätelei. Nicht daß es an einzelnen tüchtigen Kräften fehlte, welche wissen, was not tut. Aber diese dringen nicht durch gegenüber dem lähmenden Widerstand der alten wilhelminischen Garde, die das Ressort der bildenden Kunst in unserem Kultusministerium beherrscht und die von einigen recht unglücklichen „Neuerwerbungen" gestützt und womöglich noch überflügelt wird. So konnte es geschehen, daß einer der Dezernenten für bildende Kunst, Wilhelm Waetzoldt, vor Jahr und Tag ein ganz vortreffliches Programm zur Kunstschulreform veröffentlichte, aber im Vorwort ängstlich beteuerte, daß diese Schrift lediglich die Privatansichten der Verfasser ausspräche. Das Programm enthielt alles, was zur Gesundung der öffentlichen Kunsterziehungsanstalten gefordert werden muß, und es enthielt nichts, was sich nicht bei gutem Willen mit leichter Mühe durchführen ließe. Trotzdem ist es bis heute Privatansicht und frommer Wunsch Waetzolds geblieben, und das Ministerium hat nicht einen Schritt zu seiner praktischen Verwirklichung unternommen. Die einzige „schöpferische" Tat, deren sich die preußischen Kunstgeheimräte seit der Revolution rühmen, ist die Einführung bzw. Erhöhung der Museumseintrittsgelder — eine Maßnahme, deren Kulturwidrigkeit und Kunstfeindlichkeit ihnen von allen sachverständigen Beurteilern bescheinigt wurde, die aber trotzdem bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten blieb.

Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht wunderbar, daß die besten unter unseren deutschen Künstlern, wo sich ihnen eine Gelegenheit bietet, dem Lande Preußen den Rücken kehren. Die hervorragendsten Führer der jüngsten Künstlergeneration — darunter einzelne Namen von Weltruf — hat uns das kleine Weimar abspenstig gemacht. Daß Peter Behrens einem Ruf an die Wiener Akademie gefolgt ist, teilten wir unsern Lesern gestern mit. Heute müssen wir die Meldung hinzufügen, daß das bayerische Kultusministerium dem Maler Max Slevogt, dem Kunstgewerbler Bruno Paul und dem Architekten German Bestelmeyer den Antrag gemacht hat, an die Münchener Kunstakademie bzw. Technische Hochschule überzusiedeln. Die Verhandlungen mit diesen drei Künstlern sollen noch nicht abgeschlossen sein, aber welches auch immer das Resultat sein mag: die Tatsache allein, daß Städte wie Wien und München uns einen Teil unserer Besten wegzunehmen versuchen können, kennzeichnet die Situation. Früher drängte alles nach Berlin, heute sieht man es. Wer Fühlung zu Künstlerkreisen hat, kennt den Grund: Enttäuschte Hoffnungen, Wünsche und Forderungen, deren Verwirklichung man nach dem November 1918 erwartete und erwarten durfte und die doch unerfüllt blieben, weil in einem Winkel der preußischen Regierung noch immer ein Geist herrsche und ist, der von den reinigenden und befreienden Stürmen der Revolution keinen Hauch verspürt hat.

John Schikowski.

Eine Statistik der Singstimmen. Die Frage, wieviel Männer durchschnittlich eine Tenor- oder Baßstimme und wieviel Frauen einen Sopran oder Alt haben, ist jetzt durch statistische Beobachtungen beantwortet worden. Professor F. Bernstein und Dr. P. Schläper haben eine größere Anzahl von Männern und Frauen der Stadt- und Landbevölkerung in den Kreisen Göttingen, Hagen und Gera untersucht und teilen ihre Ergebnisse in den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften mit. Bei 1061 männlichen Stimmen fand man 188 Tenöre und 873 Bässe, bei 1035 weiblichen Stimmen 171 Altstimmen und 864 Soprane. Prozentual berechnet zeigten sich etwas mehr (17,72 Proz.) Tenorstimmen als Altstimmen (16,52 Proz.). Im allgemeinen aber kann man sagen, daß 17½ Proz. aller Männer Tenöre und ebensoviel aller Frauen Altistinnen sind, während auf Baß und Sopran 82½ Prozent entfallen.

Zu Fuß unter dem Rhein hindurch. Wenn man fragte: Wie kann man zu Fuß unterm Rhein hindurchgehen? so würde kaum jemand eine Antwort darauf geben können oder die meisten würden erklären, das sei ausgeschlossen. Und doch besteht diese Möglichkeit, denn das Steinkohlenbergwerk Diergardt am Niederrhein hat auf beiden Seiten des Stromes Schächte, die durch einen Querschlag unter dem Rhein verbunden sind. Die Bergleute dieser Zeche machen täglich den Weg unter dem Strome hindurch. Der eine Schacht, der 271 Meter tief ist, befindet sich bei Hochemmerich am linken Rheinufer gegenüber Duisburg, der andere bei Neuenkamp auf der rechten Seite, und zwar auf der von Ruhr, Rhein und Duisburger Hafen gebildeten Halbinsel. Der Querschlag unter dem Rhein wurde im Juli 1913 begonnen und in der ersten Kriegszeit vollendet. Deshalb hat diese immerhin bemerkenswerte technische Leistung damals keine Beachtung gefunden.

Besteuerung der Faulenzer. Eine beherzigenswerte steuerfiskalische Anregung hat ausgerechnet der Generalgouverneur von Madagaskar dem in steuerlichen Dingen doch sonst gewiß nicht rückständigen Europa gegeben. Er hat soeben eine Verordnung erlassen, die alle Europäer und Eingeborenen, die weder ein Gewerbe ausüben noch sonst beruflich tätig sind, mit einer Steuer belegt. Der Steuersatz beträgt für Europäer zwischen 21 und 55 Jahren 25 Franks im Tag und für die Eingeborenen zwischen 18 und 58 Jahren 20 Franks. Weshalb diese, wenn sie als Müßiggänger befunden werden, mit der Steuerzahlung früher beginnen müssen und später aus der Steuerpflicht entlassen werden, ist nicht klar. Der Ertrag der Faulenzersteuer soll zum Ankauf landwirtschaftlicher Geräte dienen, die den europäischen Kolonisten und den Gemeinden der Eingeborenen zur Verfügung gestellt werden. Wenn übrigens die Einführung der Steuer in die Praxis auch ein Novum darstellt, so ist doch der Gedanke selbst durchaus nicht neu, sondern wurde beispielsweise schon von dem jüngeren Dumas angeregt. In einem seiner Lustspiele erklärt eine der handelnden Personen: „Und wenn es mir nun beliebt, nichts zu tun? Daran kann mich keiner hindern. Ich bin aber mit Vergnügen bereit, die Arbeiterpflicht, die ich der Gesellschaft schulden soll, durch Erlegung eines Geldbetrags abzulösen. Sagen wir einmal mit 40 Franks im Tag."

Kautschukpapier. Eine Neuerung auf dem Gebiete der Papierherstellung, die uns freilich diesen heute so teueren Stoff nicht verbilligen wird, ist die Verwertung des Kautschuks, von der Hermann Kranold in den „Sozialistischen Monatsheften" berichtet. Infolge des Weltkrieges ist eine Ueberproduktion an Kautschuk eingetreten, und man sucht eifrig nach neuen Verwertungsmöglichkeiten dieses Stoffes, der aus valutastarken Ländern stammt und daher weniger Absatz findet. Ein Techniker in Manchester hat nun ein Verfahren ausgearbeitet, um den Kautschuk in der Papierherstellung nutzbringend zu verwenden. Der Kautschukmilchsaft wird durch Zusatz von Chemikalien am Gerinnen verhindert, und so sammeln sich die Tröpfchen der eigentlichen Kautschuksubstanz an der Oberfläche wie etwa der Rahm auf der Milch. In dieser Gestalt wird nun der eigentliche Kautschuk von den übrigen Teilen des Milchsaftes getrennt, und ein gewisser Prozentsatz von Reinkautschuk wird der Papiermasse beigesetzt. Der Kautschuk schlägt sich dann in Form eines Ueberzuges auf den einzelnen Fasern der Papiermasse nieder, damit ist der technische Prozeß der Kautschukverwendung abgeschlossen. Die Herstellung des Papiers erfolgt aus dem Papierbrei in der üblichen Weise. Der Kautschuk wirkt sehr vorteilhaft auf die Qualität des Papiers; es wird dadurch fester gegen Zug und Reißen und widerstandsfähiger gegen die Gefahr des Brechens beim Knicken. Die einzelnen Fasern werden durch den Kautschukgehalt geschmeidiger und erhalten eine gewisse Elastizität. Die Verarbeitungszeit für den Papierbrei wird durch den Kautschukzusatz etwa auf die Hälfte herabgesetzt. Man setzt der Papiermasse je nach der Qualität, die man haben will, 0,1 bis 1 Proz. Kautschuk zu. Bei einem Zusatz von 5 Proz. Kautschuk erhält man ein wasserdichtes Papier, das sich auch zum Isoliermaterial für elektrische Leitungen eignet; bei einem Zusatz von 20 Proz. Kautschuk unter Verwendung sehr fester grober Fasern ergibt sich eine Masse, die alle Eigenschaften des Linoleums besitzt. Da das neue Verfahren gestattet, für die gleichen technischen Zwecke schlechteres Papierrohmaterial oder auch sehr viel geringere Massen zu verwenden, so entsteht eine nicht unbedeutende Ersparnis. Jedenfalls rentiert sich die Kautschukmenge, die für eine Tonne Papier 12—18 Schilling kostet, bei der Papierherstellung durchaus, und so dürfte die Verwertung des Kautschuks in der Papiererzeugung sich immer mehr einbürgern.

In Casperß Kunstsalon, Kurfürstendamm 232, wird die 2. Frühjahrsausstellung mit Kollektionen von Lilja Busse, Paul Hoeniger, Leo Klein-Diepold und Willy Sylobach heute eröffnet.

Brüderliche Einheitsfront.

Während am gestrigen Donnerstag Unabhängige und Kommunisten gemeinsam demonstrierten, mußte die „Rote Fahne" — ihrem Brauche gemäß — zeigen, wie aufrichtig es ihr um die Einheitsfront mit der USPD. zu tun war. Im Lustgarten tauschte man den Bruderkuß, aus den Spalten der „Roten Fahne" aber spuckte der Kommunist dem unabhängigen Bruder kräftig ins Gesicht. Fast genau um die Stunde der gemeinschaftlichen Demonstration wurde die „Rote Fahne" auf den Straßen verkauft mit einem Artikel, der die reizvolle Ueberschrift trägt: „Die Großverdiener in der USP." Wen es nach diesem Titel noch nach Proben aus dem Inhalt gelüstet, dem zitieren wir z. B. folgendes:

„Die USP. hat fast nur armselige Schächer in den Berliner Magistrat geschickt, deren Unzulänglichkeit wohl niemand besser kennt als die durchtriebenen Kleinstrategen der Rechtssozialisten. Hier zunächst einmal einige Beispiele für die Untauglichkeit der USP.-Stadträte im Berliner Magistrat . . ."

In diesen Beispielen wird u. a. gesagt:

„Der unabhängige Stadtrat Schlichting markiert den „Strammen Hund". In der Wohnungsfrage ist er, der Verwalter eines gewerkschaftlichen Eigentums, ganz Hausagrarier . . . Der Stadtrat Radike in Neukölln ist ein kompletter Hausagrarier, genau so engstirnig, genau so brutal, genau so unbelehrbar wie seine bürgerlichen Komplicen."

Am Schluß des Artikels werden noch besondere Enthüllungen über die Großverdiener in der USPD. durch einen weiteren Artikel in Aussicht gestellt. Alles im Zeichen der Einheitsfront!

Politische Kakteen.

Das Städtchen Perleberg will, so sagt man, Notgeld herausgeben, um einem dringend fühlbaren Bedürfnis abzuhelfen. Das Berliner Agrarierblatt, die „D. Tagesztg.", hält auch diese Gelegenheit für hochwillkommen, einige dumme Witze zu produzieren. Sie unterschiebt den Perlebergern die Absicht, ihre Geldscheine mit diesen Kalauern verzieren zu wollen:

Schon Anno 70 gab es Wichse
Und kräftig 14 auf die Büchse,
Doch bitte, Fränzchen, nicht beschäm',
Denn Wichse gut französisch Crème.

Mit Kakteen und Kaktus bepflanze
Deutschand, dein „teures" Vaterland, das ganze,
Denn bevor der Schandvertrag nicht umgeschmissen,
Ist drin das Leben arg be—scheiden.

Zu diesen geistreichen Versen fügt die „D. Tagesztg." aus eigenem noch die geistreiche Bemerkung hinzu, daß die auf Grund des Versailler Vertrags bestehende Ueberwachungskommission die Ausgabe des Geldes mit dem ersten Verse wahrscheinlich verbieten werde. Wir hoffen, daß es dazu nicht erst kommt. Die Reichsbank hat ja erst kürzlich die Ausgabe der künstlerisch einwandfreien Berliner Notgeldscheine verhindert. Sie wird also auch von sich aus die Möglichkeit haben, politische Ungezogenheiten zu verhindern, die etwa irgendwelche deutschnationale Stadtverwaltungen auf Anraten der „D. Tagesztg." ihren städtischen Geldscheinen anvertrauen wollten.

Sowjetjustiz und Berliner Konferenz.

Moskau, 20. April. (OE.) Der Volkskommissar für Justizwesen Kurski erklärte, die von der Russischen Kommunistischen Partei auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen übernommene Verpflichtung, den vor Gericht gestellten Sozialrevolutionären gegenüber auf die Todesstrafe zu verzichten, sei für das Moskauer Gericht nicht bindend. Falls das Gericht auf Todesstrafe erkennen sollte, könnte nur eine etwaige Begnadigung durch das Allrussische Zentralexekutivkomitee in Betracht kommen. Das Berliner Uebereinkommen sei überhaupt nur in dem Fall gültig, wenn die Gegner der Sowjetregierung auf den bewaffneten Kampf und den Terror gegen die Sowjetregierung verzichten. Auch die Amnestie von 1919 beziehe sich nur auf diesen Teil der Sozialrevolutionäre, nicht aber auf die ganze Partei und nicht auf das Zentralkomitee derselben.

Die Schlacht im Irrenhause. Zu sonderbaren Szenen, bei denen die Insassen eines Irrenhauses Seite an Seite mit ihren Wärtern gegen die Polizei kam es gelegentlich eines Streiks, in den das Personal der Provinzialirrenanstalt von Nottingham deshalb getreten war, weil die Direktion die wöchentliche Ruhezeit herabgesetzt hatte. Uebrigens hatten die Wärter die Pflege der Kranken nicht eingestellt und weigerten sich nur, den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen, so daß die Beamten der Verwaltung und die Aerzte sich selbst ihre Mahlzeiten kochen und ihre Betten machen mußten. Die Kranken ergriffen leidenschaftlich Partei für ihre Pfleger und der Streik endete schließlich in einer großen Schlacht, die die herbeigerufene Polizei den aus 44 Frauen und 17 Männern bestehenden Streikenden und ihren seltsamen Hilfstruppen lieferte. Wärter und Kranke hatten sich in den Räumen der Anstalt verbarrikadiert und setzten sich mit Besen und anderen Geräten zur Wehr. Mehrere Polizeibeamte wurden von den Irren, die wütend um sich bissen und kratzten, verletzt. Das Ringen zog sich mehrere Stunden hin. Dann hatte man sich aller Streikenden bemächtigt und brachte sie auf Autos fort, während neues Personal sich der Irren annahm, die nur schwer zu beruhigen waren.

Der gemordete Wald. Es sieht bedenklich aus in unseren deutschen Wäldern. In der Kriegszeit mußten sie schwer herhalten, aber was war das im Vergleich zu den Verwüstungen, die jetzt angerichtet werden! Infolge der wahnsinnigen Kohlenpreise und des Ausfalles des billigen russischen Holzes sind die Holzpreise in schwindelnde Höhe getrieben worden. Die staatlichen Forstverwaltungen lassen durch ihre Versteigerungen die Preise ebenso in die Höhe treiben wie die privaten Waldbesitzer, die Spekulanten und die Schieber. Ueberall wo ein Wäldchen zu sehen ist, tauchen Agenten auf und bieten fabelhafte Preise. Natürlich erliegen viele Waldbesitzer diesen Lockungen und lassen ihren Holzbestand niederschlagen. So schreitet die Verwüstung unserer Waldbestände immer mehr fort, und wenn man einmal einsieht, welches Unheil man angerichtet hat, wird Deutschland ein holzarmes Land geworden sein. Deshalb müßte unbedingt für umfangreiche Neuaufforstung gesorgt werden. Wer die hohen Holzpreise einsteckt, hat auch die Mittel, Neuanpflanzungen vorzunehmen. Erreichen läßt sich dieses Ziel allerdings nur durch eine gesetzliche Vorschrift.

Leute mit roten Haaren und langen Ohren gesucht! Die amerikanische Marinebehörde sucht zur Ausbildung für den Funkerdienst 150 Leute, die rote Haare und große Ohren besitzen müssen. Das letzte ist einigermaßen verständlich, denn wenn Leute mit langen Ohren auch kaum schärfer hören, so sitzt bei ihnen doch vielleicht der Hörer besser; die erste Bedingung jedoch ist wohl nur durch ein amerikanisches Vorurteil zu erklären, das den Rothaarigen besondere geistige Beweglichkeit zuschiebt.

Blüthner-Orchester. In dem ersten Abend des Beethoven-Zyklus am Sonntag, den 23., abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal, wirkt Frieda Kwast-Hodapp (Klavier) mit. Dirigent: Camillo Hildebrand.

Das Dresdener Künstler-Marionettentheater in der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, bringt in Abänderung des Spielplans vom 20. bis 23. inkl. den „Urfaust" zur Aufführung.

Die neuen Postgebühren.

Postkarte im Fernverkehr 2 M., Brief im Nahverkehr 1–3 M., im Fernverkehr 3–5 M.

Halbamtlich meldet WTB.: Im Reichspostministerium begann heute unter Mitwirkung des Verkehrsbeirats und unter Vorsitz des Reichspostministers die im Haushaltungsausschuß bereits angekündigte Durchberatung der neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Die neuen Gebühren für Briefsendungen, Pakete, Postschecks sowie die Telegramm- und Fernsprechgebühren sollen Anfang Juni oder Juli, die neuen Zeitungsgebühren erst mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft treten. Der Reichspostminister begründete einleitend die neue Gebührenvorlage mit der sprunghaft eingetretenen Erhöhung der Betriebskosten und der notwendigen Kosten für jeglichen Lebensunterhalt, die Anfang April auch zu einer Erhöhung der Löhne und Gehälter geführt haben. Durch Ersparnisse allein können diese neuen Ausgaben, die etwa 5 **Milliarden Mark** betragen, nicht eingebracht werden. Sie müssen, so unpopulär das ist und so schwere wirtschaftliche und kulturelle Schädigungen es bedeutet, auch durch Tariferhöhungen gedeckt werden. Nach dem dem Verkehrsbeirat vorgelegten Entwurf sehen die neuen Gebührenvorlagen folgendes vor: Die Gebühr des Briefes der untersten Stufe (bis 20 Gramm) — das ist der die Regel bildende Brief — soll im Ortsverkehr von 1,25 M. **auf 1 M. herabgesetzt** werden. Auch die Gebühr für Pakete von 15—20 Kilogramm in der Nahzone wird von 30 M. auf 25 M. ermäßigt. Unverändert bleiben die Gebühren für Postkarten im Ortsverkehr, für Briefe im Ortsverkehr von 20—100 Gramm, für Drucksachenkarten, für Drucksachen bis 20 Gramm, für Ansichtskarten mit 5 Grußworten, für Pakete von 10—15 Kilogramm in der Nahzone, für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm in der Nahzone. Die Postanweisungsgebühren und die sogenannten Nebengebühren bleiben bei der Erhöhung gleichfalls außer Betracht. Von einer Verteuerung der Einschreibung, Wertversicherung und Eilbestellung wird abgesehen.

Erhöht werden folgende Gebühren: für die Postkarte im Fernverkehr auf 2 M., für den Brief im Ortsverkehr von 100—250 Gramm auf 3 M., für den Brief im Fernverkehr bis 20 Gramm auf 3 M., über 20—100 Gramm auf 4 M., über 100—250 Gramm auf 5 M., für dienstliche Aktenbriefe über 250—500 Gramm auf 6 M., für Drucksachen über 20—50 Gramm auf 75 Pf., über 50—100 Gramm auf 1,50 M., über 100—250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M., für Geschäftspapiere bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M., für Warenproben bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M., für Warenproben bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., für Mischsendungen bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M., für Päckchen bis 1 Kilogramm auf 6 M. — Als Gebührensätze für Pakete sind vorgesehen: für Pakete in der Nahzone bis 5 Kilogramm 7 M., über 5—10 Kilogramm 14 M., über 10—15 Kilogramm unverändert 20 M., über 15—20 Kilogramm 25 M. (anstatt 30 M.), für Pakete in der Fernzone bis 5 Kilogramm 14 M., über 5—10 Kilogramm 28 M., über 10—15 Kilogramm 40 M., über 15—20 Kilogramm 50 M.

Das Verhältnis zwischen der Gebühr für den einfachen Inlandsbrief und der für den einfachen Auslandsbrief wird nach wie vor 1 : 2 betragen. **Der einfache Auslandsbrief bis 20 Gramm wird also künftig 6 M. kosten.**

Die gesetzlichen Postscheckgebühren sollen folgendermaßen geändert werden: Für jede von der Zahlstelle eines Postscheckamts durch Ueberweisung auf die Reichsbank und für jede in den Abrechnungsstellen beglichene Auszahlung **ein Fünftel vom Tausend des Scheckbetrags**, für jede Barauszahlung durch die Zahlstelle eines Postscheckamts sowie für die Uebersendung eines Schecks durch das Scheckamt an eine Postanstalt und für die weitere Behandlung des Schecks bei dieser **1 vom Tausend** des Scheckbetrags. Die Gebühren für Auszahlungen werden auf volle 10 Pf. abgerundet.

Die gesetzlichen Telegrammgebühren sollen bei gewöhnlichen Telegrammen auf alle Entfernungen **1,50 M. für jedes Wort, mindestens 15 M.** betragen, im Ortsverkehr jedoch **1 M.** für jedes Wort, mindestens 10 M., bei Pressetelegrammen wie bisher die Hälfte dieser Gebühren. Die Rohrpostgebühren im Ortsverkehr werden **um je 50 Pf. ermäßigt**, sie sollen betragen bei Postkarten 4 M., bei Briefen 5 M., im Fernverkehr bei Postkarten 6 M., bei Briefen 7 M. Die in den §§ 3, 4 und 8 des Fernsprechgebührengesetzes bestimmten Gebührensätze sollen **um 160 vom Hundert** statt wie bisher 80 vom Hundert erhöht werden.

Die Verhandlungen mit dem Verkehrsbeirat über die Gestaltung aller Gebührensätze dauern noch fort. Die dann beschlossenen Gebühren unterliegen später noch der Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags.

Die Einstellung Schwerbeschädigter.

In einer neueren Verfügung weist der preußische Minister des Innern darauf hin, daß die Einstellung von Schwerbeschädigten bei Landratsämtern und sonstigen Behörden in erfreulicher Anzahl erfolgt sei und daß zwischen freiwilligen Mehrleistungen und der nicht voll durchgeführten Einstellungspflicht, die sich an andern Stellen auf Grund der örtlichen Verhältnisse ergeben habe, ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Um ein möglichst vorbildliches Arbeiten des Staates auf diesem Gebiet zu erzielen, gibt der Minister eine Reihe von Gesichtspunkten bekannt, von denen der amtliche Preußische Pressedienst folgende wiedergibt:

Für den Bereich jedes Regierungsbezirks ist ein besonders sozial interessierter Dezernent zum **Kommissar für die Einstellung Schwerbeschädigter** zu bestellen, der in unmittelbarer, persönlicher Fühlungnahme mit der Hauptfürsorgestelle die Einstellung Schwerbeschädigter bearbeitet. Neue Stellen dürfen nicht geschaffen werden; jedoch ist bei einer Neubesetzung zu prüfen, ob nicht ein Schwerbeschädigter in einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Weise verwandt werden könne. Weibliches Personal ist unter diesen Gesichtspunkten — selbstverständlich unter Vermeidung von Härten und unter Berücksichtigung der individuellen sozialen Verhältnisse — zu entlassen. Am Schluß der Verfügung fordert der Minister die Behörden auf, ihm bis zum 1. Juli d. J. Bericht einzureichen.

•

Wir haben bereits mehrfach auf die schwere Notlage der Kriegsbeschädigten aus dem Mannschaftsstande hingewiesen. Trotz aller Versprechungen sind sie heute noch dem schlimmsten Elend ausgeliefert, da die gezahlten Renten bei weitem nicht ausreichen. So bezieht ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, wenn er keine Kinder hat, als niedrigste Rente monatlich 501,20 Mk., mit 5 Kindern 751,95 Mk. Er bezieht bestenfalls mit Ausgleichs- und Pflegezulage für sich und seine Familie mit 5 Kindern monatlich 1296,70 Mk. Diese Sätze sind kaum ausreichend, diese Kriegsopfer vor dem Hungertode zu bewahren. Ganz anders wird dagegen ein Offizier bewertet. So bezieht ein solcher im Range eines Generalmajors nach dem Pensions-Ergänzungsgesetz monatlich 6886,70, ein Generalleutnant monatlich 7656,65 M., ein General der Infanterie oder Kavallerie monatlich 10 285 M. Das trifft auch für die höheren Militärbeamten zu. Ein Reichsmilitärgerichtsrat z. B. bezieht vierteljährlich 26 400 M., ein Senatspräsident vierteljährlich 31 200 M. Diese Beispiele könnten noch endlos erweitert werden. Zu vergessen ist hierbei nicht, daß die höheren Offiziere und Militärbeamten oft noch große Vermögen besitzen, die ihnen bedeutende Einnahmen gewähren, ohne daß diese bei der Bemessung der Rente irgendwie Berücksichtigung finden. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, wurde dem Reichstage ein Entwurf zu einem Pensionskürzungsgesetz vorgelegt. Durch diesen Entwurf wären dem Reiche Hunderte von Millionen Mark erspart worden. Der Entwurf wurde aber schon vom Reichsrat mit der sehr interessanten Begründung abgelehnt, daß ein Pensionskürzungsgesetz in die wohlerworbenen Rechte der Offiziere und Beamten eingreifen und den Nichtstuer vor dem Arbeitsamen bevorzugen würde. Der Kriegsbeschädigte aber, der bestrebt ist, die ihm verbliebene Arbeitskraft im Dienst der ganzen Gesellschaft zu verwerten, wird dafür nach dem § 63 des Reichsversorgungsgesetzes bestraft. Sobald er mehr als 7000 M. jährlich verdient, wird seine Rente um ein Zehntel gekürzt, bei 8000 M. um zwei Zehntel und so fort. Also, die einen werden für das Nichtstun belohnt und die anderen für das Arbeiten bestraft. Wie ungerecht die Art der Pensionsbemessung wirkt, soll an einem treffenden Beispiel nachgewiesen werden. Der Direktor des Hauptversorgungsamtes Berlin erhält nach der neuesten Gehaltsregelung ein Gehalt, das 100000 Mk. übersteigt. Außer diesem Gehalt erhält er noch eine Pension von jährlich 20 000 Mk. Wird bei einem Kriegsbeschädigten, der nicht im Offiziersrang steht, sein Arbeitseinkommen berücksichtigt, so muß auch verlangt werden, daß Privateinkommen, Vermögen usw. bei Gewährung der Pension bei Offizieren ebenfalls Berücksichtigung finden. Die Ungerechtigkeit, die in dieser Bemessung der Renten liegt, muß eine ungeheure Erbitterung hervorrufen und es darf daher nicht wundernehmen, wenn sich eines schönen Tages diese Empörung in recht explosiver Weise entlädt. **Darum auch hier gleiches Recht für alle und nicht Hungerlos dem einfachen Kriegsbeschädigten und Wohlleben den verabschiedeten hohen Offizieren.**

Kommissionsarbeit in Genua.

Genua, 20. April. (WTB.) Ueber die gestrige Sitzung der Unterausschüsse der Finanzkommission für Währungsfragen und für Fragen der Wechselkurse wird u. a. berichtet:

Die deutschen Anträge, die die Behandlung der Kapitalflucht anbetreffen, wurden im Sinne des Gutachtens des Ausschusses erledigt. Demgemäß wurde es für zweckmäßig erachtet, die Prüfung der Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Kapitalflucht mit der Frage der Doppelbesteuerung zu verbinden, die zurzeit von einer besonderen Kommission Sachverständiger des Völkerbundes behandelt würde. Hierauf wurde die Frage des Wechselkurses gleichfalls im Anschluß an das vorliegende Gutachten der Sachverständigenkommission erörtert, dem grundsätzlich von allen Beteiligten beigestimmt wird. Die Ergebnisse der Beratungen der Unterkommissionen für Währungsfragen und Wechselkurse sollen zum Gegenstand der Beschlußfassung im Hauptausschuß für die Finanzfragen am 20. April, nachmittags 3½ Uhr, (Palazzo Giorgio) gemacht werden.

•

In der zweiten Sitzung der Unterkommission für den Eisenbahnverkehr gab Staatssekretär Stieler zu dem in Artikel V enthaltenen Vorschlag, sofort eine Konferenz der technischen Vertreter aller Eisenbahnverwaltungen zur Prüfung der Frage der ungesäumten Durchführung der zur Wiederbelebung des internationalen Verkehrs erforderlichen Maßnahmen einzuberufen, namens der deutschen Regierung eine längere Erklärung ab, in der er zunächst darauf hinwies, daß die nationalen Eisenbahnsysteme sich unbeschadet ihrer vollen Selbständigkeit hinsichtlich aller den internationalen Verkehr betreffenden Angelegenheiten künftig mehr als bisher einander anpassen sollten, so insbesondere hinsichtlich der Linienführung der Uebergangsbahnhöfe, der technischen Grundsätze über den Bau der Strecken, der Bauart und Ausnutzung der Fahrzeuge, der Betriebs- und Verkehrsvorschriften, des Tarifwesens, der Aufstellung von Transportprogrammen und des Eisenbahnzollwesens. Im Interesse einer raschen und tatkräftigen Durchführung dieses Gedankens empfahl er die Schaffung einer dauernden Vereinigung der Verwaltungen, deren Organ gegenüber allen beteiligten Unternehmen und für alle in Betracht kommenden Gegenstände auf Anruf der Beteiligten oder aus eigenem Antrieb anregend und vermittelnd, vielleicht auch anordnend einzugreifen hätte. Der Entwurf für die Satzungen dieser Vereinigung sei von der Konferenz auszuarbeiten und den Regierungen vorzulegen. Ebenso habe die Konferenz Vorschläge darüber auszuarbeiten und vorzulegen, wie die Mittel aufzubringen und zu verwalten sind zur Unterstützung der Verwaltungen, die noch nicht in der Lage sein sollten, aus eigenen Kräften Maßnahmen zu treffen, wie sie zur Durchführung der Beschlüsse und Anregungen der Vereinigung im Interesse des internationalen Verkehrs notwendig erscheinen.

Zu Artikel VI des Resolutionsvorschlags der einladenden Mächte, der es als wünschenswert bezeichnet, daß der Völkerbund aufgefordert werde, von Zeit zu Zeit die Durchführung der in den vorhergehenden Artikeln erwähnten Bestimmungen einer Prüfung zu unterziehen, gab Staatssekretär Stieler die weitere Erklärung ab, daß die deutsche Regierung der Auffassung sei, daß die Aufsicht des Völkerbundes weder notwendig, noch nützlich sei. Die Staaten, deren Eisenbahnverwaltungen nach dem deutschen Vorschlag eine Vereinigung abschlössen, seien ohnedies verpflichtet, die Arbeiten des von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Organs zu beaufsichtigen. Da hiernach der Einfluß der beteiligten Regierungen gewährleistet sei, halte die deutsche Regierung es nicht für erforderlich, sich an den Völkerbund zu wenden, der einerseits Staaten umfasse, die in keiner Weise beteiligt seien, und der andererseits gewisse Mächte noch nicht in sich schließe, die sehr wesentlich beteiligt seien.

Die deutschen Vorschläge fanden lebhaftes Interesse, und es wurde beschlossen, sie in einer der nächsten Sitzungen zum Gegenstand der eingehenden Erörterung zu machen. Auf Antrag des englischen Vertreters Sir Francis Dent wurde sodann beschlossen, eine besondere Unterkommission mit der Aufgabe zu betrauen, die sich aus der schwankenden Währung für den Eisenbahnverkehr ergebenden Schwierigkeiten zu prüfen und im Einvernehmen mit der Finanzkommission nach Wegen zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu suchen. Mitglieder der Kommission sind Belgien, Frankreich, die Schweiz, Italien, Deutschland und Polen. Die Wahl Deutschlands in die Kommission erfolgte auf eine deutliche Anregung des französischen Vertreters.

Houghton, der neue amerikanische Botschafter, ist in Berlin eingetroffen.

General Semenow ist nach einer Havas-Meldung aus New York gegen eine von seinen Freunden gestellte Kaution von 25 000 Dollar in Freiheit gesetzt worden.

Gewerkschaftsbewegung

10. Bundestag des deutschen Polierbundes.

Der Bund ist seit 1919 dem ADGB. angeschlossen. Auf seinem Bundestage waren 38 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands anwesend. Vertreter hatten entsandt Bauarbeiterverband, Zimmererverband, Deutscher Werkmeisterverband und Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Deutsche Schachtmeisterbund.

Aus dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Bergeritz-Braunschweig und der Kassierer Denstorf gaben, ging hervor, daß der Bund rund 12 000 Mitglieder umfaßt. Der Gesamteinnahme von 675 286,98 M. im Jahre 1921 steht eine Ausgabe von 1 326 983,30 M. gegenüber. Fast 12 Proz. der Ausgaben wurden für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung ausgegeben. Bei dem Bericht der Bezirksleiter kam zur Sprache, daß es an manchen Orten zu Differenzen mit dem Bauarbeiterverband gekommen ist, dem gleichfalls eine Anzahl Poliere als Mitglieder angehören. Im übrigen zeigten die Berichte, daß der Mitgliederzuwachs auch in den beiden letzten Jahren seit dem vorigen Bundestag in Hannover angehalten hat. Die

Schaffung eines Baugewerkbundes,

dem alle Fachorganisationen angehören sollen, wie er namentlich vom Bauarbeiterverband propagiert wird, fand bei der Erörterung geteilte Aufnahme. Der Referent Schulte-Braunschweig nahm dazu, ähnlich wie der Zentralverband der Zimmerer und der der Maler, eine ablehnende Haltung ein. Doch schien schon in der Diskussion die große Mehrzahl der Delegierten dafür zu sein. Peters vom Bauarbeiterverband trat energisch für die Vorschläge seiner Organisation ein und wies auf die Bedeutung derselben für die Sozialisierung des Baugewerbes hin.

Eine fast einstimmig angenommene Entschließung spricht sich für die Schaffung des Baugewerkbundes auf freigewerkschaftlicher Grundlage aus, der alle Hand- und Kopfarbeiter des Gewerbes umfassen soll. Nur ein hannoverscher Delegierter war gegen die Fassung „freigewerkschaftlich", da man den anderen Organisationen den Beitritt ermöglichen müsse. — Der Vertreter des Deutschen Schachtmeisterbundes (seinerzeit aus drei kleinen Gruppen: Berlin, Essen und Königsberg gebildet) Sitz Berlin, gab die Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß seiner Organisation mit dem DPB. bekannt, was beifällig aufgenommen wurde.

Das Bestreben des Polierbundes geht auch dahin,

einen Reichstarif

für sämtliche Berufsangehörigen zu schaffen. Es liegen Vorschläge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber hierzu vor. Mit 25 gegen 11 Stimmen wurde beschlossen, aus dem ADGB. auszuscheiden, um zum AfA-Bund überzutreten, da die Polierer Angestellte im Sinne des Gesetzes seien. Die Beratung des neuen Satzungsentwurfs nahm verhältnismäßig viel Zeit in Anspruch. Die Zweckletzung erfolgte wie im „Vorwärts" (Nr. 181) bereits erwähnt. Es wurden dann Referate über Wirtschaftslage und Berufsangelegenheiten gehalten. Von einer Beschickung der Arbeiterakademie Frankfurt a. M. wurde bis auf weiteres abgesehen.

Die Wahl des Bundesvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Nachdem die Vertrauensfrage einstimmig bejaht, wurde der alte Vorstand wiedergewählt, desgleichen neugewählt Lusch als Bundessekretär und Krebs als Redakteur des Verbandsorgans. Den Ort des nächsten Bundestages — 1924 — soll der Vorstand bestimmen.

Da sich der Schluß der Tagung notwendig machte, sollen die unerledigt gebliebenen Fragen im Bundesorgan erörtert werden.

Hilfsaktion in der Metallindustrie.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes schreibt uns:

Die Verhandlungen mit der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in Heidelberg sind an dem unnachgiebigen Verhalten der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer lehnten nicht nur jedes Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage ab, sondern erklärten darüber hinaus, daß sie es ablehnen, Vergleichsvorschläge des Arbeitsministers entgegenzunehmen. Das ist eine schroffe Absage und die erneute Hervorkehrung des reinen Machtstandpunktes. Die Unternehmer rechnen jetzt mit dem Hunger als Bundesgenossen zur Niederzwingung der Arbeiter und ihrer Organisationen. Im Laufe der nächsten Woche stimmen unsere streikenden Kollegen über das Diktat der Unternehmer ab. Die Ablehnung wird einheitlich und geschlossen sein. Selbst die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die noch in der Frage der Arbeitszeit einen abweichenden Standpunkt einnehmen, haben in ihrer Funktionärkonferenz in Heidelberg erklärt, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen ihren Mitgliedern nicht zur Annahme empfehlen können. Genau so wollen auch die Hirsch-Dunckerschen die Front halten.

Damit ist den Machtgelüsten der Unternehmer der ebenso entschlossene Kampfeswille der Arbeiter zur Erreichung eines annehmbaren Friedens entgegengestellt. Es kann sein, daß nach der Abstimmung neue Verhandlungen stattfinden; es ist aber auch damit zu rechnen, daß der Kampf noch mehrere Wochen weiter geht. Deshalb muß in finanzieller Hinsicht das Aeußerste geleistet werden, was nur immer möglich ist. Unsere Kollegen leiden Not, deshalb hat bereits der Vorstand die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet. Darüber hinaus haben die Kollegen in allen Teilen des Reiches eingesehen, daß die Notwendigkeit besteht, **den Kollegen in Süddeutschland eine besondere Zuschußunterstützung** zuteil werden zu lassen, weil gerade in letzter Zeit eine weitere starke Verteuerung des Lebensunterhalts eingetreten ist.

Durchdrungen von dem Gefühl, daß dieser Kampf in Süddeutschland für die gesamte Industriearbeiterschaft geführt wird, appelliert der Vorstand **an die Opferwilligkeit sämtlicher Verbandsmitglieder und auch der übrigen Arbeiterschaft.** Die Berliner Verwaltungsstelle machte sich diesen Appell dadurch zu eigen, daß sie die Herausgabe von **Sammelmarken a 5 und 10 Mark** beschloß.

Alle Kollegen werden aufgefordert, Sammelmarken im Verbandshause, Schalter 5, großer Saal, ptr., durch die Vertrauensleute abholen zu lassen. Schalter 5 bleibt aus dem Grunde bis täglich 6 Uhr geöffnet. Die Marken sind nicht nur bei den Verbandsmitgliedern, sondern der Gesamtarbeiterschaft zu verbreiten.

Gebt schnell und reichlich!"

Vom Beamten-Wirtschaftsverein.

Die Angestellten des Beamten-Wirtschaftsvereins stehen seit Wochen in Tarifverhandlungen. Die Genossenschaft kündigte den letzten Manteltarifvertrag, doch nicht etwa, um Verbesserungen eintreten zu lassen, sondern, wie sich aus dem neuen Entwurf ergibt, um Verschlechterungen fast in jedem Paragraphen durchzuführen. Der Zentralverband der Angestellten war von den Angestellten beauftragt, den mit der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend abgeschlossenen Manteltarifvertrag einzureichen. Die Verwaltung des B.Wi.V. fordert von den Angestellten Abbau des Urlaubs, Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Gehälter für den Monat April. Man muß sich wundern, wo die Geschäftsleitung den Mut hernimmt, ihren Angestellten so etwas zuzumuten. Aber auch darüber, daß der Aufsichtsrat des B.Wi.V., der sich zum großen Teil aus Mitgliedern des Deutschen Beamtenbundes zusammensetzt, seiner Geschäftsleitung Vollmacht gibt, derartig zu verfahren.

Die Geschäftsleitung weiß ganz genau, daß in den letzten Tagen die Lebensmittelpreise täglich gestiegen sind, und trotzdem will sie zu einem Lohnabbau übergehen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich auch die Mitglieder des B.Wi.V., die nicht nur Beamte, sondern teilweise auch Staats- oder Kommunalarbeiter sind, um diese Vorgänge kümmern und die Geschäftsleitung der Genossenschaft zwingen, ihren Angestellten günstigere Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Die Angestellten der B.Wi.V. werden am Freitag zu dem Bericht der Verhandlungskommission Stellung nehmen.

Inoffizielle Arbeit am Arbeitszeitgesetz.

Am Donnerstag nachmittag waren nach Mitteilung der BS.-Korrespondenz im Reichsverkehrsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hitzler Besprechungen im allerengsten Kreise über das Arbeitszeitgesetz. Es wurde namentlich über die Vorschläge verhandelt, die den Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter in den bisher noch strittigen Punkten überreicht werden sollen und die einen Ausgleich bringen dürften. In der kommenden Woche werden dann die offiziellen Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden, und man hofft noch in diesem Monat zu einem endgültigen Abkommen gelangen zu können.

Aus der chemischen Industrie.

Am 19. April wurde zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und dem Verband der Fabrikarbeiter über die von den Arbeitern eingereichten Lohnforderungen verhandelt. Die Arbeitgeber zeigten so geringes Entgegenkommen, daß die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen wurden. Der tarifliche Bezirksschlichtungsausschuß, der bis in die Nacht hinein tagte, kam gleichfalls zu keinem Resultat. Schon in den nächsten Tagen soll der angerufene Zentralschlichtungsausschuß einen Spruch fällen.

SPD.-Metallarbeiter!

Sonntag vormittag 9½ Uhr, Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Konferenz der Funktionäre, Vertrauensleute, Obleute, Betriebsräte, Generalversammlungsdelegierten usw. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. Referent Genosse Ramsbrock.

Verbands- und Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Gehälter im Bergbau.

Bei jedem Abschluß eines neuen Tarifs im Bergbau haben die Angestellten- und Arbeitergewerkschaften mit den Arbeitgebern um jeden Pfennig Lohnerhöhung einen erbitterten Kampf zu führen. Jeder neue Tarifabschluß, verglichen mit der rasend fortschreitenden Teuerung, bringt die Angestellten und Arbeiter in immer größere Verelendung. Dabei wird durch das Hinausposaunen der neuen tariflichen Löhne das Gefühl erweckt, als ob gerade der Bergmann und der Grubenangestellte gegenüber den anderen Arbeitnehmergruppen mit den höchsten Löhnen bedacht seien. Die Bergwerksbesitzer klagen Stein und Bein und verlangen höhere Leistungen.

Die Essener „Bergwerkszeitung" betonte wiederholt: „Keine Lohnerhöhung ohne Mehrleistung!" Darin liegt System. Man möchte in der Oeffentlichkeit so gern den Kumpel Bergmann mit seinen „niedrigen" Leistungen und „hohen" Löhnen als

das Karnickel der Kohlenverteuerung

der übrigen Bevölkerung gegenüber hinstellen und so die Aufmerksamkeit von den Milliardengewinnen ablenken, die die Bergwerksbesitzer einstecken. Der Abschluß des neuen Vertrags im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat soll den Rest von Zwangswirtschaft im Kohlenbergbau weiter lockern und so den Weg zur weiteren Milliardenbereicherung für die Werksbesitzer freimachen. Trotz der riesigen Verdienste der Unternehmer wird peinlich an den Gedingen herumgeknappst und gekrauselt, damit die tariflichen Mindestlohn- und Gehaltssätze ja nicht überschritten werden.

Geht es aber darum, die Angestellten von ihren Organisationen fernzuhalten, dann läßt man es sich auch etwas kosten. Der Generaldirektor Putsch von Zeche Adler zahlt schon seit einigen Monaten den Angestellten bis zu 800 M. Zulage monatlich auf die Mindestsätze. Damit hat er erreicht, daß die Angestellten dieser Zeche zu einem großen Teil aus ihren Gewerkschaften ausgetreten sind.

Nachdem die Gewerkschaft Johann Deimelsberg im Januar 1922 in die Aktiengesellschaft Adler übergegangen war, ging Dr. Putsch mit demselben Köder bei den Angestellten dieser Zeche vor. Schon vorher hatte der Betriebsführer erklärt: „Passen Sie auf, wenn Direktor Putsch einmal hier ist, liegen die Organisationen in einem halben Jahre auf dem Bauch." Doch hatte er hier nicht den erwarteten Erfolg. Die Angestellten waren durch die Verhältnisse ihrer Kollegen von Zeche Adler gewitzigt und lehnten das Angebot von Putsch ab. Sie vertraten den Standpunkt, daß

die Lohnfrage eine Angelegenheit der Gewerkschaften

sei. Sie wußten, daß, wenn sie aus den Gewerkschaften austreten würden, sie dann schutzlos der Unternehmerwillkür ausgeliefert seien. Einem Angestellten erklärte Herr Putsch: „Ich stelle keinen Angestellten ein, der Mitglied der freien Gewerkschaften ist und befördere solche Angestellte auch nicht." Er läßt sich die Bekämpfung der Gewerkschaften etwas kosten. Die hohen Kohlenpreise bringen es ja ein.

Die höheren Beamten im Bergbau werden schon besser bezahlt als die Angestellten. Es verdient heute ein Betriebsführer über 135 000 M., ein Grubeninspektor bis 230 000 Mark, ein Betriebsdirektor bis über 300 000 M. und ein Generaldirektor bis über 1 Million Mark pro Jahr. Gehälter, die der Kohlenkäufer mit Unmut betrachten muß, weil er dafür die hohen Kohlenpreise zu bezahlen hat. Aber das stört den Zechenverband nicht. Diese Beamten bilden für die Werksbesitzer eine Garde, die man schwer bezahlen muß, wenn man die Masse der

Arbeiter und Angestellten mit niedrigen Löhnen

nach Hause gehen läßt. Diese Tatsache sollten sich auch die Verbraucher-Vertreter im Reichskohlenrat vor Augen halten, wenn es wieder darum geht, die Allgemeinheit mit höheren Kohlenpreisen zu beglücken. Es kann und darf so nicht weitergehen. Die Gemeinwirtschaft in der Kohle darf nicht noch mehr gelockert werden, der Reichswirtschaftsminister muß dem neuen Vertrag des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats seine Zustimmung versagen und den alten Vertrag im Zwangswege für längere Zeitdauer im Ruhrrevier gelten lassen. Bei den weiteren Kohlenpreiserhöhungsforderungen der Werksbesitzer aber muß das Gebaren des Direktors Putsch samt den angeführten hohen Gehältern der Beamten unter die Lupe genommen werden, damit die Allgemeinheit nicht noch weiter das Geld zu der Arbeitnehmerfeindlichkeit dieser Herrschaften aufbringen muß.

Aussperrung und Betriebsrätegesetz.

Eine prinzipielle Frage hatte der Schlichtungsausschuß Augsburg dieser Tage in einer Klage der drei Metallarbeiterindustriebetriebe zu entscheiden, die ihre Arbeiter auf Anordnung des Bayerischen Metallindustriellenverbandes ausgesperrt hatten. In der Klage war geltend gemacht worden, daß die Unternehmer dadurch gegen das Betriebsrätegesetz verstoßen hätten, daß sie die Betriebe teilweise stillegten, ohne die Betriebsräte zu hören, und daß sie die Versuche der Betriebsräte, Unterhandlungen herbeizuführen, vereitelten. Von den Arbeitnehmern wurde geltend gemacht, daß ein Unterschied zwischen einem Streik und der Aussperrung insofern bestehe, als bei einem Streik die Arbeiter gewillt seien, nach Beseitigung der Differenzen in den Betrieb zurückzukehren, während bei der Aussperrung die Arbeiter unter Aushändigung ihrer Papiere entlassen worden seien.

In ausführlicher Entscheidung sprach der Schlichtungsausschuß ohne Würdigung des letzterwähnten Einwandes aus, daß die erwähnten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes für Wirtschaftskämpfe keine Geltung hätten, da aus dem Zusammenhang mit dem Werdegang des Gesetzes hervorgehe, daß lediglich bei Stillegung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen die Betriebsräte gehört werden müßten, nicht aber bei Bezirksstillegungen anläßlich von Wirtschaftskämpfen. Bei solchen sei die Tendenz des Gesetzes, beiden Teilen größtmögliche Freiheit zu geben.

Der Tarifstreit im Versicherungsgewerbe.

In Hamburg stehen seit Mittwoch die Angestellten des Versicherungsgewerbes im Streik. Etwa 20 Direktionsbetriebe sind vollständig lahmgelegt worden. Auch Altona ist am Streik beteiligt. Ungefähr 2000 Angestellte sind ausständig. Am Freitag werden auf Veranlassung der Arbeitgeber in Berlin beim Reichsarbeitsminister Verhandlungen stattfinden.

Zu dieser Meldung teilt uns der Betriebsrat der Volksfürsorge Hamburg mit, daß nur die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge" die einzige sozialisierte Versicherungsgesellschaft Deutschlands, den Schiedsspruch des Arbeitsministeriums angenommen hat. Der Betriebsrat bittet alle Arbeiter und Angestellten, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich nicht bei kapitalistischen Gesellschaften, sondern nur bei der „Volksfürsorge", Hamburg, Capellenstr. 5, versichern zu lassen.

Eisenbahningenieure und Reichsgewerkschaft.

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben:

Die kürzlich in der Presse gebrachte Mitteilung über den Austritt der Eisenbahningenieure aus der Reichsgewerkschaft ist irrtümlich als eine Zersplitterung der technischen Eisenbahnbeamten gedeutet worden. Demgegenüber legen die Eisenbahningenieure Wert auf die Feststellung, daß sie gewillt sind, auch weiterhin mit allen übrigen technischen Eisenbahnbeamten in einer besonderen Gewerkschaft außerhalb der Reichsgewerkschaft, aber innerhalb des Deutschen Beamtenbundes zusammen zu arbeiten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte gestern abend zu einem Vortrage über chinesische Arbeiterverhältnisse eingeladen. Der Referent Kiang Kang-hu blieb jedoch aus. Der Vorsitzende Sabath teilte mit, daß am nächsten Dienstag der österreichische Staatskanzler a. D., Genosse Dr. Karl Renner, Wien, im Gewerkschaftshaus vor den Delegierten und Vorstandsvertretern über „Staatswirtschaft, Weltwirtschaft und gewerkschaftliche Praxis" sprechen wird.

Achtung, SPD.-Betriebsräte der Buchdrucker und Schriftgießer! Aeußerst wichtige Konferenz am Freitag 5 Uhr im Konferenzsaal, Lindenstr. 3, 2. Quergebäude, II. Erscheinen in Anbetracht der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Karte und Buch legitimiert. Die Betriebsräte der Buchbinder, Hilfsarbeiter, Steindrucker und Lithographen sind ebenfalls eingeladen. R. Hermann.

Der Streik der Treibriemensattler Berlins ist beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit muß heute geschlossen erfolgen.

Die Ortsverwaltung.

Die Gewerkschaftsunterkommission Steglitz-Lichterfelde befaßte sich in ihrer Sitzung am 11. April mit der Vorbereitung der Maifeier. Wiebach moniert, daß die kommunistische Partei zu den Besprechungen darüber nicht hinzugezogen worden sei. Würden den Kommunisten keine Redner zugestanden, dann würden sie auf dem Schloßplatz demonstrieren und nicht, wie die Gewerkschaftskommission vorgesehen hat, im Lustgarten. Nach der Aussprache, an der sich auch die Vertreter der drei politischen Parteien beteiligten, wurde beschlossen, den Abmarsch zur Demonstration um 8½ Uhr am 1. Mai vom Marktplatz und Düppelstraße aus zu unternehmen. Ueber Arbeiterwohlfahrtspflege und Ferienspiele berichtete Schönweiter. Ueber Auslandshilfe sprach Wiemann. Diese Hilfe wie auch die Quäkerspeisung erfolge nur noch spärlich. Es ist deshalb beantragt, von den Mitgliedern der Kommission die Hälfte der einzelnen Posten, die sich schlecht verteilen lassen, den ausgesteuerten Mitgliedern der Ortskrankenkasse Lichterfelde zu überweisen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Kellerarbeiter, -arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenführer aus den Weingroßhandlungen sowie Likörbetrieben: Versammlung Freitag 7 Uhr in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
Ärztlich empfohlen, millionenfach bewährt
Je Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstraße 20—21.

WEINBRAND Landauer & Macholl HEILBRONN LIKÖRE
Vertreter: Karl Kast, Potsdam, Bismarckstr. 3, Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 · Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Str. 20, Fernsprecher: Amt Pfalzburg Nr. 3400

Flut und Ebbe im Berliner Verkehr.

Staffelung des Arbeitsbeginnes und des Arbeitsschlusses?

Die übermäßige Belastung der öffentlichen Verkehrsmittel durch den Stoßverkehr, der regelmäßig am Morgen und am Abend einsetzt, hat zu dem Vorschlag geführt, den Beginn und den Schluß der Arbeitszeit von Fabriken, Werkstätten, Läden, Kontoren und Bureaus zu staffeln. Dieser Gedanke, der zurzeit im Verkehrsamt der Stadt erwogen wird, ist in Berlin schon mal während des Krieges in kleinerem Umfange verwirklicht worden, und es hieß damals, daß der Versuch sich bewährt habe. Eine Wiederholung in größerem Umfange wird jeder wünschen, der Tag für Tag auf seinen Fahrten nach und von der Arbeitsstätte gezwungen ist, die Widerwärtigkeiten der Ueberfüllung von Straßenbahnwagen und Omnibussen, von Hoch-Untergrundbahn- und Stadt-, Ring- und Vorortbahnzügen zu ertragen.

An einem Neukölln-Berliner Durchgangspunkt.

Wie sehr die Benutzung der Verkehrsmittel da, wo hauptsächlich **Berufsverkehr** in Frage kommt, **sich auf wenige Stunden zusammendrängt**, zeigen Feststellungen, die schon vor dem Kriege an einem wichtigen Durchgangspunkt des Verkehrs zwischen Neukölln und Berlin, **am Hermannplatz**, gemacht worden sind. Gezählt wurden die **Straßenbahnfahrgäste**, nicht nur die am Hermannplatz einsteigenden, sondern auch die hier in Straßenbahnwagen durchfahrenden Personen. Für einen großen Teil der Bevölkerung Neuköllns ist Berlin die Arbeitsstätte, so daß an jedem Morgen viele Tausende nach Berlin hineinfahren und in den Nachmittags- und Abendstunden dieselben Massen nach Neukölln zurückkehren. Die Industrie- und Geschäftsviertel Berlins wirken auf die Außenbezirke wie eine Saugpumpe, die abwechselnd die Flut der Schaffenden in sich hineinzieht und sie auf demselben Wege wieder auswirft.

Der Strom nach Berlin hinein.

In der Richtung von **Neukölln nach Berlin** begann der Straßenbahnverkehr morgens zwischen 4 und 5 Uhr ganz schwach, und auch zwischen 5 und 6 Uhr betrug er noch nicht viel über 500 Personen für die Stunde, **zwischen 6 und 7 Uhr** aber stieg er infolge des jetzt stark einsetzenden Berufsverkehrs ganz plötzlich auf **mehr als 5500 Personen für die Stunde**, und **zwischen 7 und 8 Uhr** ging die Verkehrsziffer in weiterem Anstieg **über 6000 für die Stunde hinaus.** Dann trat ebenso plötzlich eine Abschwächung ein, so daß schon zwischen 8 und 9 Uhr nur noch unter 3000 Personen und zwischen 9 und 10 Uhr nicht viel mehr als 1500 gezählt wurden. Ungefähr auf derselben Höhe hielt sich der Verkehr pro Stunde bis zur Mittagszeit zwischen 12 und 1 Uhr. Darauf begann eine neue Steigung, die aber jetzt bei weitem nicht mehr so erheblich war, weil die Nachmittagsfahrgäste in Richtung Berlin sich ziemlich gleichmäßig auf mehrere Stunden verteilten. Der Verkehr betrug zwischen 1 und 2 Uhr nach raschem Steigen 2000 Personen für die Stunde, erreichte in langsamerem Steigen zwischen 4 und 5 Uhr mit 2500 für die Stunde seinen Höhepunkt und hielt bei langsamem Sinken sich am Abend zwischen 7 und 8 Uhr immer noch über 2000. Danach erst setzte eine **raschere Abwärtsbewegung ein, so daß zwischen 10 und 11 Uhr schon wieder unter 1000** und **nachts zwischen 12 und 1 Uhr unter 500** gezählt wurden.

Das Zurückfluten nach Neukölln.

In der Richtung von Berlin **nach Neukölln** zeigte der Straßenbahnverkehr ungefähr das **umgekehrte Bild**, d. h. in den Vormittagsstunden eine mäßige Höhe, dagegen am Nachmittag ein plötzliches Emporschnellen mit nachfolgendem ziemlich raschen Absinken. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr und zwischen 7 und 8 Uhr, also in der für die Richtung Neukölln—Berlin verkehrsreichsten Zeit, wurden in der Richtung Berlin—Neukölln nur je 1000 Fahrende stündlich gezählt. In der Mittagszeit, schon von 11 Uhr an, stellte sich die Verkehrsziffer auf rund je 2000 für die Stunde, und ähnlich blieb es noch bis 3 Uhr. Danach stieg der Verkehr in Richtung Neukölln sehr rasch. **Zwischen 3 und 4 Uhr fuhren ziemlich 3000 Personen, zwischen 4 und 5 Uhr wurde mit über 4000 der Höhepunkt erreicht.** Sodann aber setzte bereits die Abwärtsbewegung ein. Gezählt wurden z. B. am Abend zwischen 7 und 8 Uhr nicht mehr viel über 3000, zwischen 9 und 10 Uhr nur noch 1500, nachts zwischen 12 und 1 Uhr nicht mehr 1000 für die Stunde.

*

Diese Feststellungen lassen erkennen, welche Schwierigkeiten sich für die Fahrgäste wie für den Betrieb aus den Verkehrsschwankungen ergeben müssen. Während einiger Stunden sind die Wagen unerträglich überfüllt und in den übrigen Zeiten fahren sie dann fast leer. Man begreift daher das Verlangen nach einer Staffelung des Arbeitsbeginnes und des Arbeitsschlusses, die dem Uebel der Verkehrshäufungen abhelfen sollen.

Der Türkenmord vor der Aufklärung?

Verhaftung zweier armenischer Studenten in Leipzig.

Auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei ist gestern in der Angelegenheit des Türkenmordes in der Uhlandstraße in Leipzig eine wichtige Verhaftung erfolgt. Es handelt sich um zwei Armenier, die nach den bisherigen Feststellungen der Teilnahme an der Ermordung der beiden Jungtürken dringend verdächtig sind.

Es handelt sich um die Hochschüler Suren Berberian und Daniel Unanoff, die in einem Leipziger Pensionat in der Langestr. 10 wohnten. Beide hatten erst Ende März d. J. dort Aufenthalt genommen und die Erlaubnis der Leipziger Gewerbeschule erhalten. Vorläufig betrieben sie bei einem dortigen Lehrer Sprachstudien. Durch die Zeitungsberichte über die Ermordung der beiden Türken war dieser Lehrer auf die armenischen Schüler aufmerksam geworden. Besonders auffällig war es, daß sie gerade an den Osterfeiertagen von Leipzig abwesend waren. Berberian hatte einen Brief aus Berlin erhalten, der ihn plötzlich hierher gerufen hatte. Am Ostersonnabend ist er mit seinem Freunde Unanoff von Leipzig abgefahren und am vierten Feiertage dort wieder angelangt. Beide wollen ihre Angehörigen in Berlin besucht haben, um mit ihnen gemeinsam das armenische Osterfest zu feiern. Berberian will bei seinen Eltern in der Speyerer Str. 21, Unanoff bei seinen Eltern in der Hardenbergstraße gewesen sein. Bilder der beiden wurden hierhergesandt und der Witwe Talaat Paschas und der Pförtnersfrau, die die Täter gesehen haben, vorgelegt. Beide glauben in Berberian einen der Täter nach dem Bilde bestimmt wieder zu erkennen. Nach Ansicht der Witwe Talaat Paschas ist der Berberian der Mann, der sie am Mantel gefaßt und zurückgezogen hat. Bei der Vernehmung der Verhafteten stellten sie einen Alibibeweis aus, der jedoch noch sehr lückenhaft ist und der gründlichen Nachprüfung bedarf. So hatte Berberian angegeben, daß sie am zweiten Feiertage mit einem Vetter und einem unbekannten Rumänen mehrere Lokale aufgesucht hätten und in ziemlich angetrunkenem Zustande von diesen nach Hause gebracht worden seien. — Der in Mittweida verhaftete Student hat mit dem Attentat anscheinend nichts zu tun. Alle beschlagnahmten Schriftstücke aus seinem Besitz sind übersetzt worden und dabei hat sich nichts herausgestellt, was für eine Verbindung mit irgendeiner Organisation spricht.

Frauenmord an der Waisenbrücke?

Der Mordbereitschaftsdienst der Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit einem rätselhaften Vorgang, der sich in der vergangenen Nacht an der Waisenbrücke abgespielt hat. Mehrere einwandfreie Zeugen haben zur Anzeige gebracht, daß dort um ½3 Uhr ein Mädchen von zwei Leuten über das Geländer hinweg ins Wasser geworfen worden sei. Die Täter seien eiligst davongelaufen und in der Dunkelheit entkommen. Das Mädchen habe laut um Hilfe gerufen, sei dann aber gleich untergegangen und nicht wieder zum Vorschein gekommen. Zur weiteren Aufklärung ist es dringend erwünscht, daß sich andere Augenzeugen dieses neuen Verbrechens im Zimmer 87/88 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Insbesondere wird ein Droschkenkutscher gesucht, der um die Zeit der Tat mit seinem Wagen über die Brücke gefahren ist. Es wurden sofort Maßnahmen getroffen, um nach der Leiche des Mädchens zu suchen. Diese wurde jedoch bisher noch nicht gefunden.

Verlängerung des Untergrundbahnverkehrs bis Stadion. Um dem Wunsche der Einwohner von Westend auf bessere Verbindung nach der Stadt nachzukommen, wird die Hochbahngesellschaft voraussichtlich schon in nächster Zeit auf Veranlassung des städtischen Verkehrsamtes und nach Rücksprache mit dem Reichskohlenkommissar den Verkehr der Untergrundbahnstrecke nach dem Reichskanzlerplatz ständig bis zum Stadion verlängern.

Seine schlechteste Rolle.

Unerhörte Ausschreitungen eines Filmschauspielers.

Ein unglaublicher Roheitsakt, bei welchem der Filmschauspieler Harry Lamberty-Paulsen eine sehr üble Rolle gespielt hat, vermutlich die schlechteste, die er je in seinem Schauspielerberuf spielte, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Schulz das Schöffengericht Berlin-Mitte. Die Anklage gegen Lamberty-Paulsen lautete auf Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs in mehreren Fällen und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

In der Nacht zum 2. August v. J. gegen 1 Uhr entstand an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße ein Menschenauflauf. Der Angeklagte Lamberty, der angetrunken war, befand sich in Begleitung des Operettensängers Adolf Holländer und des Direktors Karger und war mit zwei Herren wegen einer Autodroschke in Streit geraten. Wie die Anklage behauptet, soll Lamberty-Paulsen die beiden Herren ohne weiteres niedergeschlagen haben. Als Augenzeugen dieses Vorfalles, der Pensionär Karl Schulz und der Telegraphensekretär Kappermann ihrer Empörung Luft machten, fiel der Angeklagte auch über sie her. Schulz wurde, wie er behauptet, von Lamberty mit einem Schlagring zu Boden geschlagen und dann mit Füßen getreten. Schließlich entriß er dem S. auch noch den Spazierstock und schlug ihn auf den am Boden Liegenden entzwei. Auch der hinzukommende Polizeiunterwachtmeister Prause wurde von Lamberty mit einem Spazierstock bearbeitet und zu Boden geschlagen. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben und behauptete, von dem sich nachts dort in der Friedrichstraße herumtreibenden Gesindel zuerst angegriffen worden zu sein. Amtsanwalt Richard glaubte, da es sich um einen in alkoholischer Stimmung verübten Exzeß handle, die unerhörten Ausschreitungen des Angeklagten durch Geldstrafen abbüßen lassen zu können und beantragte 3000 M. Geldstrafe und 1000 M. Buße für den verletzten Zeugen Schulz. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß es sich um einen unverantwortlichen Roheitsakt eines Menschen handelt, der sich zu der gebildeten Klasse rechnet und der deshalb um so schwerwiegender sei, und verurteilte deshalb Lamberty-Paulsen zu 1 Monat Gefängnis und 1500 M. Buße für den Verletzten.

Der beraubte Geldtransport.

Ein Ueberfall mittels Pfeffer, Revolver und Auto.

Der überaus freche Raubüberfall auf zwei Eisenbahnbeamte, denen am 30. Juni 1921 nach einem sorgsam ausgearbeiteten Plan unter Anwendung von Pfeffer und Revolverschüssen über 117 900 M. gewaltsam weggenommen wurden, lag einer Verhandlung zugrunde, die gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann. Die auf schweren Raub, Anstiftung bzw. Beihilfe lautende Anklage richtet sich gegen sechs Personen: den Arbeiter Opitz, den Kraftwagenführer Starrfinger, den Müller Büchsler, den Maler Karas, den Arbeiter Kalinowski und den Schlosser Brock.

Der Eisenbahnbeamte Friedrich hatte die Aufgabe, in Begleitung eines zu seiner Sicherheit ihm mitgegebenen Kollegen in regelmäßigen Zwischenräumen Lohngelder von der Stationskasse des Bahnhofes Lichtenberg-Friedrichsfelde nach der Betriebswerkmeisterei beim Bahnhof Neu-Lichtenberg zu bringen. Brock, der dort zum Betriebsrat gehörte, war über diese Geldtransporte genau informiert und erzählte davon seinem Schwiegervater, dem Angeklagten Kalinowski. Dieser „fingerte" dann die Sache, indem er ein ganzes Konsortium zusammenbrachte. Eine Autoprobefahrt, die Opitz, Büchsler und Karas mit dem Kraftwagen des Angeklagten Starrfinger nach Neu-Lichtenberg unternahmen, diente der genauen Besichtigung der Oertlichkeit. Am 30. Juni empfing der Eisenbahnbeamte Friedrich die Lohngelder in Höhe von 117 982 M., die der Eisenbahnbeamte Dittmann in die dazu bestimmte Tasche steckte und diese verschloß. Friedrich trug die Tasche. Als beide Beamte auf ihrem Wege einen Tunneldurchgang betraten, trat ihnen Opitz entgegen, warf ihnen Pfeffer in die Augen und in dem darauf sich entspinnenden Kampf gelang es den Verbrechern, sich in den Besitz der Geldtasche zu setzen und mittels des Autos zu entfliehen, wobei sie sich mit Revolverschüssen die Verfolger vom Leibe hielten. Opitz hatte die Tasche an sich genommen; er will das Geld unter die Komplicen verteilt haben; es scheint aber so, als ob letztere von ihm über das Ohr gehauen worden sind. Als sich Opitz an einem bestimmten Tage mit seiner Frau vor dem

---

34]

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

18.

Einar Norby lag immer noch zu Bett. Ueber Mittag durfte er jetzt aufsitzen, von Kissen gestützt, und jeden Tag etwas länger. Und wie die Tage vergingen, sah er unten auf dem Hofe den letzten Schneefleck wegschmelzen, das Schellengeklingel wurde von Wagenlärm abgelöst, und die Stare fingen auf der Dachrinne über seinem Kopfe ein lustiges Leben an. Eines Tages hörte er auch, wie man die Schafe unter viel Geblöke von alten und jungen hinausließ, und wie Klein-Knut ihnen von der Treppe aus nachschrie.

Für Einar bildete diese Krankheit eine dunkle Grenze von etwas, was vor langer Zeit einmal geschehen war, und an das er nicht denken durfte. Je mehr er aus diesem dunklen Bereich zurückkehrte, ging ihm auch auf, wie gut er es da in seinem Bette hatte. Er war wieder hilfloses Kind, die Mutter war um ihn, er aß, was sie ihm mit eigener Hand zureichte, er bekam Launen, wurde unartig, und sie zankte ihn dann, sie wusch ihn und wärmte sein Hemd am Ofen, wie in alten Tagen.

Wie neugeboren fühlte er sich. In dieser Entkräftung bringt die geringste Kleinigkeit die Augen zum Ueberlaufen, so wie ein Kind gleich anfängt zu schreien. Auf die Mutter warten zu müssen, wenn sie zulange fortbleibt, ist unerträgliche Qual.

Mit den wiederkehrenden Kräften kam ihm auch zum Bewußtsein, daß der Vater nicht zu ihm hereinkam, und zugleich verstand er, daß er darüber nicht sprechen durfte. Aber auch nicht daran denken konnte er, denn damit war so vieles verbunden, was jetzt nicht auf ihn eindringen durfte.

Eines Tages kam Ingeborg mit einem Bottich warmen Wassers zu ihm herauf und sagte: „Jetzt müssen wir wohl einmal die Füße waschen, mein Junge!"

Und wie er die feuchtkalten Füße herausstreckte und ihren warmen Schwamm und ihre vorsichtige Art wohltuend empfand, kamen ihm wieder die Tränen. „Du großer Gott," dachte er, „wie gut, daß du jetzt zu Hause bist!"

Er erinnerte sich, wie er im ersten Fieber entsetzt darüber war, daß er in die Pflege der Menschen gekommen war, die er doch verraten hatte. Aber dieses Gefühl war wohl auch krankhaft gewesen. Während der Fieberanfälle hatte er auch Wangen vor sich stehen gesehen und ihn sagen hören: „Jetzt komme ich ins Gefängnis, und daran bist du schuld." Und Einar hatte geschrien vor Angst. Aber das war ja auch die Krankheit gewesen, von er jetzt genas. Ja, solch ein Kranksein war merkwürdig.

Während die Schwester seine Füße mit dem warmen Frottierhandtuch abtrocknete, blickte er zur Zimmerdecke und dachte: „Gott sei Dank — daß ich verhindert wurde, diesen Menschen Böses zu tun."

Die Tage vergingen. Allmählich konnte er wieder schwierigere Gedanken festhalten und empfand dann eine gewisse Angst davor, wie es werden würde, wenn er hinunterkam und den Vater treffen sollte. Dann mußte er wohl hübsch um Verzeihung bitten. Aber das weckte wieder einen anderen Schmerz. Und es konnte in ihm sagen: „Einen heiligen Vorsatz hast du im Stich gelassen, Einar. Und gerade weil du hier liegst und all diese Liebe entgegennimmst, wirst du immer weniger imstande sein, ihn durchzuführen. Einen Unschuldigen solltest du retten, eine Charakterprobe bestehen. Aber du bist zusammengebrochen. Du bist geflohen! Und dafür dankst du nun Gott!"

„Mutter!" sagte er unwillkürlich. Und wenn sie nicht da war, konnte ihn eine schreckliche Angst ergreifen, bis sie wiederkam und er sie in der Nähe wußte.

„Wie blaß und mager du geworden bist, Mutter! Du hast sicher zuviel gewacht."

„Sprich nicht davon, mein Junge. Wie fühlst du dich? Hast du Lust auf irgend etwas?"

Diese wenigen, umsorglichen Worte überwältigten ihn wieder ganz, denn sie verjagten alle Angst und machten ihn für eine Weile vollständig zufrieden und ruhig.

Eines Tages kommt Ingeborg mit grünen Birkenzweigen zu ihm herauf und wirft sie ihm aufs Bett. „Hier ist ein Frühlingsgruß," sagte sie. „Jetzt mußt du recht bald herunterkommen und sehen, was ich im Garten arbeite."

Endlich darf er aus dem Bett und sich ans Fenster setzen. Die Mädchen laufen barhaupt über den Hof, sie lachen und erzählen sich etwas Lustiges. Auch er muß mitlächeln. Zwischen den Gebäuden da hat er es ja als Junge so lustig gehabt, und alle diese Erinnerungen verbinden ihn mehr und mehr mit diesem Ort und den Menschen, die hier wohnen.

Ingeborg kam eines Tages etwas schüchtern zu ihm herauf und bat, ob sie ihm aus einem Gebetbuch etwas vorlesen dürfe, — er sagte ja, um ihr einen Gefallen zu tun. Allmählich hörte er sogar mit großer Freude zu. Auch darüber hatte er früher falsch gedacht.

Und eines Abends nach der Andacht sagte sie: „Jetzt ist der Mjösen ganz offen. Heute ging schon der Dampfer."

Und Einar sieht den großen offenen See vor sich, — die Wasserfläche grün vom Schmelzwasser, Baumstämme treiben hier und da, auf einer vereinzelten Eisscholle sitzt ein Vogel, läßt sich treiben und schlägt ab und zu mit seinen Flügeln. Und er sieht den Dampfer mit dem Sonnensegel und den hellgekleideten Damen an Bord! Hei, jetzt wird es Sommer!

„Weißt du, was Vater jetzt tut?" fragte Ingeborg lächelnd.

„Vater?" flüsterte Einar und drehte den Kopf zur Wand.

„Ja — er läßt oben auf der Alm eine kleine Stube für dich bauen. Der Doktor will, daß du den Sommer im Gebirge zubringst."

Einar drehte ihr sein Gesicht zu und lächelte plötzlich wie ein ungezogener Bub.

Dachte Vater wirklich auch an ihn und tat etwas für ihn?

„Vater hat noch gar nicht nach mir gesehen," sagte er bald darauf schwerfällig.

Ingeborg seufzte und sah ins Licht: „Er fragt hundertmal am Tage nach dir; und als es dir so schlecht ging, schlief er nicht und aß er nicht."

Nach einer kleinen Weile blickte sie auf Einars blasses Gesicht da in den Kissen. Wenn er auch die Augen geschlossen hatte, so drängten sich doch die Tränen hervor und er biß die Lippen aufeinander.

Sie stand auf, trocknete ihm das Gesicht mit ihrem Taschentuch und sagte: „Vater kam, glaube ich, noch nicht, weil er dich schonen wollte. Und du kannst wohl nicht erwarten, daß er kommen soll, solange er nicht weiß, was du von ihm denkst."

Einar kniff den Mund zusammen wie im Schmerz.

„Soll ich Vater bitten, zu kommen, Einar?"

„Ja," flüsterte er.

(Fortsetzung folgt.)

Café „Vaterland" treffen wollte, wurde er festgenommen. Da zu der Verhandlung zahlreiche Zeugen und mehrere ärztliche Sachverständige geladen sind, sind vorläufig zwei Sitzungstage in Aussicht genommen.

Harte Strafe für Motorraserei.

Einer jener oft rücksichtslos und wie rasend durch die Straßen jagenden Motorradfahrer stand in der Person des Mechanikers Paul Koch vor der Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage der fahrlässigen Tötung. Der 21jährige Angeklagte betrieb eine Reparaturwerkstatt für Motorräder. Mit einem dieser Motorräder machte er eines Tages Probefahrten in der Frankfurter Allee und schlug dabei ein so tolles Tempo an, daß das Publikum geradezu gefährdet wurde. Ein kleines 9jähriges Mädchen geriet unter seine Maschine und erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf verstarb. Der Angeklagte bekümmerte sich nicht um sein Opfer, sondern suchte zu entkommen, doch konnte von Straßenpassanten die Nummer der Maschine und dadurch seine Persönlichkeit festgestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, der Gerichtshof glaubte aber, daß nur durch scharfe Strafen diesem Unfuge der tollen Motorradfahrer erfolgreich entgegengetreten werden könne und er verurteilte den Angeklagten trotz seiner bisherigen Unbescholtenheit zu 2 Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Im Grunewald ermordet!

Aufklärung des geheimnisvollen Leichenfundes.

Im Laufe des gestrigen Tages war es der Kriminalpolizei gelungen, die Persönlichkeit der unbekannten Toten, die, wie wir berichteten, im Grunewald erschossen aufgefunden wurde, festzustellen. Gleich darauf gelang es ihr auch, den mutmaßlichen Täter zu ermitteln und festzunehmen. Die Erschossene ist eine 29 Jahre alte Aufwärterin Elfriede Stahnke, die zuletzt als Dienstmädchen bei einer Herrschaft in der Deidesheimer Straße zu Wilmersdorf beschäftigt war. Das Mädchen, das eine ziemlich bewegte Vergangenheit hinter sich hat, zeigte sich bei der Herrschaft, bei der es seit etwa 8 Wochen war, als diensteifrig und anhänglich. Es stand jedoch unter dem unheilvollen Einfluß eines Mannes, der sich für einen Techniker Max Schubert ausgegeben hatte, einem gewalttätigen Menschen, auf dessen Veranlassung das Mädchen seine vorherige Stellung hatte aufgeben müssen. Dieser angebliche Schubert war am 3. April in der Wohnung der Herrschaft erschienen, um das Mädchen abzuholen mit der Begründung, daß er nach dem besetzten Gebiet fahren müsse und sich vorher von seiner Braut noch schnell verabschieden wolle. Das Mädchen hat sich dann umgezogen, ist mit ihm weggegangen und nicht wieder zurückgekehrt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß dieser angebliche Schubert kurz vorher von dem Telephonhauptanschluß den Nebenanschluß der Dienstherrschaft angerufen und mit dem Mädchen gesprochen hatte. In roher Weise hatte er von ihm Geld verlangt. Da das Mädchen das Telephongespräch abgebrochen hatte, war er hinaufgegangen und hatte es heruntergeholt. Es gelang den umfangreichen Nachforschungen der Beamten, zunächst festzustellen, daß dieser angebliche Techniker Schubert in Wirklichkeit ein 43 Jahre alter aus Danzig gebürtiger Hausdiener Max Springer ist, ein Familienvater, der in der Kaiser-Allee 90 eine Pförtnerstelle innehatte. Dort wurde er auch festgenommen. Bei seinem Verhör auf dem Polizeipräsidium gab der Verhaftete an, daß das Mädchen plötzlich einen Revolver gezogen und sich den tödlichen Schuß beigebracht habe. Es habe noch eine Viertelstunde gelebt und sei dann verstorben. Als er gesehen habe, daß es tot sei, habe er den Revolver zu sich gesteckt und sei davongegangen. Diese Darstellung erscheint jedoch völlig unglaubwürdig. Springer ist ein Mann, der wegen Gewalttätigkeiten schon wiederholt vorbestraft ist, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß er auch das Mädchen, weil es seiner Aufforderung, ihm Geld zu verschaffen, nicht nachkommen wollte, erschossen hat.

Kommunistisch-Unabhängige Demonstration.

Unter der Parole: „Für den Achtstundentag! Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive! Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!" veranstalteten gestern (Donnerstag) nachmittag die Unabhängigen und Kommunisten gemeinsam eine Demonstration im Lustgarten, die zwar eine recht gute Beteiligung aufwies — man konnte die Anwesenden auf etwa 50 000 schätzen —, aber bei weitem nicht an die gewaltige Teilnehmerzahl jener wuchtigen Kundgebung heranreicht, die sich gegen die Ermordung Erzbergers richtete. Damals war im Lustgarten kein freies Plätzchen mehr zu erblicken. Gestern wies der Riesenraum erhebliche Lücken auf. Nur am Dom, vor dem Museum und am Reiterdenkmal, d. h. also um die Plätze der Redner herum, standen die Massen dicht gedrängt. Die genannte Zahl wird verständlich, wenn man daran denkt, daß die Versammlungsteilnehmer nach getaner Arbeit und nach Schluß der Fabriken zur Versammlungsstätte ziehen konnten. Es waren wieder sehr viele Jugendliche vertreten. Ueberall wehten rote Fahnen. Eröffnet wurde die Demonstration durch den Vortrag des „Lord Foleson", von Arbeitersängern von den Stufen des Domes herab gesungen. Inzwischen rückten neue Scharen, zum Teil mit Musik, heran. Von den Unabhängigen sprachen die Abgeordneten Künstler, Dittmann, Moses, Meier, D. Rosenfeld und Zubeil, von den Kommunisten Geschke, Ruth Fischer, Pieck, Rosenberg, Thiede und Rosi Wolfstein. Die Redner schlossen mit einem Hoch auf die internationale proletarische Einheitsfront. Nach gemeinsamem Gesang der „Internationale" rückten die Demonstranten in langen Zügen wieder in ihre Bezirke ab. Der Bannkreis war in der üblichen Weise polizeilich gesichert. Die Versammlung verlief in vollkommenster Ruhe und ohne Zwischenfälle.

SPD.-Genossenschaftsräte!

Am Sonntag, den 23. April, vormittags 9 Uhr, findet im „Bürgerheim", Alte Schönhauser Straße 23/24, eine Vollversammlung unserer SPD.-Genossenschaftsratsmitglieder statt. Die außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen, auch der aus den Außenbezirken. Der Arbeitsausschuß tritt am gleichen Tage und im gleichen Lokal um ½9 Uhr zusammen. — Die am 24. April im Gewerkschaftshaus abends 6½ Uhr stattfindende Genossenschaftsratsversammlung muß ebenfalls von unsern Genossen besucht werden.

Wieder die Gasvergiftung eines Ehepaares. Gestern nachmittag wurden der 48 Jahre alte Kellner Franz Hannig und seine 59 Jahre alte Ehefrau Marie im Schlafzimmer ihrer Wohnung Kantstr. 22, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Es dürfte lediglich ein Unglücksfall vorliegen, da Hausbewohner bemerkt hatten, daß das Ehepaar in der Nacht zuvor in sehr animierter Stimmung heimgekehrt war und allem Anschein nach unachtsam mit der Gasleitung umgegangen ist.

Großer Wohnungseinbruch. In der Nacht zu gestern wurde in der Hohenzollernstraße 10 ein dreister Einbruch verübt. Während der Wohnungsinhaber, der Fabrikbesitzer Arthur Jaffé, mit seinen Angehörigen um 12 Uhr nachts schlief, drangen die Einbrecher von der Königin-Augusta-Straße vor, indem sie drei Zäune überkletterten. Am Balkon sperrten sie die Rolljalousie, indem sie eine ziemlich kräftige Tanne im Garten abschnitten und diese in die Oeffnung klemmten. Durch diese zwängten sie sich, nachdem sie noch die Doppelscheibe eingedrückt hatten, hindurch und stahlen zunächst aus dem Vorzimmer drei wertvolle Perserbrücken. Im Speisezimmer fiel ihnen dann noch äußerst wertvolles Silberzeug in die Hände, so ein Silberkasten, Rokkokomuster, für 24 Personen, ein zweiter Silberkasten, englisches Muster, für 6 Personen, ein großes vierteiliges Kaffeeservice im Rokkomuster, ein fünfteiliges Teeservice und viele einzelne silberne Tafelstücke.

Schulstreik an drei Gemeindeschulen. Der von der Elternschaft der 25., 28. und 31. evangelischen Gemeindeschule beschlossene Schulstreik hat gestern (Donnerstag) begonnen. Der Unterricht an den drei Schulen ruht.

Die Zehlendorfer Raubüberfälle scheinen ihrer völligen Aufklärung entgegenzugehen. Unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft ist von dem Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei und dem Polizeiamt Zehlendorf ein gewisser Bruno Wille festgenommen worden, der sich bei einer Frau Spletistößer in der Flottwellstraße 17 unangemeldet aufgehalten hatte. Als die Beamten ihn dort festnehmen wollten, flüchtete er, nur mit dem Hemd bekleidet, auf die Toilette. Seine übrigen Sachen hatte er dorthin unter dem Arm mitgenommen. Wille steht auch im dringenden Verdacht, andere Straftaten begangen zu haben. Wer über sein Treiben weitere Auskunft geben kann, wird gebeten, sich beim Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei, Zimmer 80, zu melden.

Im Admiralspalast ist unerwartet schnell elegische Abschiedsstimmung eingekehrt. Rücksichtslosen Kapitalmächten, die sich vorgenommen haben, aus dem zurzeit in der Welt einzigartigen Eispalast ein Varieté zu machen, muß dieses mit großer Mühe, vielem künstlerischen Geschick und Können aufgebaute Unternehmen weichen. Deshalb hat Direktor Barunscheck noch einmal die schönsten Szenen des bekannten Eisreihens zusammengestellt, die in wenigen Tagen der Vergangenheit angehören werden, da an einen neuen Eispalast wohl kaum zu denken ist. Das fröhliche Treiben aus dem „Flirt in St. Moritz", die entzückenden Karnevalsszenen aus der „Lustigen Puppe", die groteske Königsszene aus „Abrakadabra" mit dem brillanten Spiel von Faun und Nymphe, und schließlich die von ganz einzigartigen Lichtern überflutete Szene aus den „Roten Schuhen" zeigten dem begeisterten Publikum noch einmal, was Berlin verlieren wird. Gertrud Ebrich feierte noch einmal in allen Szenen Triumphe. Glänzendes technisches Können paart sich mit lebensfreudiger Natürlichkeit. Sie war die Nachfolgerin der reizenden Dora, die nun tief in märkischer Erde ewigen Schlaf schlummert, während ihr Partner, der unvergleichliche Paul Kreckow, in Amerika weilt. Die vielen ausgezeichneten artistischen Kräfte, Eisläufer und -läuferinnen, die seit Jahren im Eispalast tätig und nur auf diesen Beruf eingestellt sind, werden brotlos und wissen zurzeit noch keinen Ausweg. Am Sonntag schließt das Unternehmen für immer. Die vielen Freunde, die es sich erworben hat, werden ihm nachtrauern.

Explosion eines Riesenmunitionslagers.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, explodierte in Monastir aus unbekannter Ursache ein Munitionslager, in dem etwa 80 Waggons Munition aus der Kriegsbeute aufgestapelt waren. Die Unfallstelle steht in Brand. Hunderte von Soldaten und auch Kinder sind unter den Trümmern von Gebäuden, von denen mehrere zerstört worden sind, begraben. Es wird vermutet, daß die Explosion das Werk bulgarischer Komitatschis sei. Die Regierung ernannte eine gemischte Untersuchungskommission und bewilligte als erste Staatshilfe für die verunglückten Familien 1 Million Denare.

Ein neuer Flugzeugzusammenstoß. In Quantico im Staate Maryland (Vereinigte Staaten von Nordamerika) hat sich ein Flugzeugunglück ereignet, das in seinen Einzelheiten dem vor einigen Tagen auf der Strecke London-Paris erfolgten Zusammenstoß zweier Flugzeuge ähnelt. Zwei Apparate, bemannt mit Offizieren und Mannschaften der amerikanischen Marine, die ein Uebungsscheingefecht ausführten, gerieten mit den Tragflächen ineinander, stürzten herab und zerschellten auf dem Boden. Zwei Offiziere und zwei Marinemechaniker fanden dabei den Tod.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 21. April:

Ein Elternabend findet heute abend von der Abteilung Rosenthaler Vorstadt im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24, statt. Bestehend aus: „Chorgesang, Festrede, Rezitationen, Lieder zur Laute und Musik. Eintritt für Erwachsene 2 M.

Maifeier-Streiterei im Rathaus.

Ein schimpfwütiger Unabhängiger. — Die Rechte läßt die Sitzung auffliegen.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung erlebte man zur Maifeier ein „Vorspiel", das Unabhängige und Kommunisten wahrscheinlich für „würdig" halten. Mit knapper Mehrheit konnte gegen die Bürgerlichen durchgesetzt werden, daß der von den drei Fraktionen der Linken gemeinsam eingebrachte Antrag, der Arbeitsruhe für die Betriebe der Stadt forderte, noch in dieser Sitzung verhandelt wurde. Es wäre möglich gewesen, mit derselben Mehrheit auch die Annahme des Antrages zu erreichen, aber Radaulust auf seiten der Unabhängigen vereitelte das. Der Unabhängige Urich durfte, durch keinen seiner Fraktionsfreunde gehindert, eine Schimpfszene aufführen, zu deren Entschuldigung man nur annehmen kann, daß er nicht wußte, was er tat. Einen Redner der Gegenseite nannte er „Lump", so daß den Bürgerlichen sich ein willkommener Anlaß bot, den Saal zu räumen. Bei der namentlichen Abstimmung kam es dann zu der ihnen erwünschten Beschlußunfähigkeit, womit die Sitzung aufflog. Dank dem Unabhängigen Urich, dessen Auftreten schmunzelndes Behagen der „Radikalen" unter seinen Fraktionsgenossen bewirkte, wurde so die Entscheidung über den Maifeierantrag verschleppt.

* * *

Bis tief in die zehnte Abendstunde wurde getagt, aber zu positiver Arbeit kam es kaum. Endlose Debatten über die Geschäftsordnung und ihre Auslegung füllten die Stunden aus. Um ¾9 Uhr schien es, als ob man wenigstens so weit gekommen war, den Antrag über die

Maifeier

ordnungsmäßig zu beraten. Nachdem das Verlangen der Kommunisten, den Antrag vorwegzunehmen, um 6 Uhr mit Stimmengleichheit (97 gegen 97 Stimmen) abgelehnt worden war, drang es, um ½9 Uhr zum zweitenmal erhoben, in namentlicher Abstimmung mit 94 gegen 93 Stimmen durch. Aber der Verlauf dieser Beratung rechtfertigte bei der Geneigtheit und streitlustigen Stimmung, die auf beiden Seiten der Versammlung herrschte, die schlimmsten Befürchtungen. Nachdem Zubeil (U. Soz.) kurz und eindringlich für den Antrag gesprochen, ergriff für die Deutschnationalen Stadtverordneter Arbeiter Lüdtke das Wort, um zu erklären, daß die Berliner Arbeiterschaft den ersten Mai gar nicht feiern wolle, daß es sich lediglich um eine andauernde Hetze der Sozialdemokraten und Kommunisten handle. Während hierauf Schumacher (Komm.) sich Mühe gab, den Vorredner sachlich eines Besseren zu belehren, führte Urich (U. Soz.) durch seine Ausfälle gegen die Deutschnationalen, deren politische Tätigkeit er als Schwindel und deren Mitglieder er als Schwindler bezeichnete, wüste Szenen herbei. Nach dreimaligem Ordnungsruf wurde ihm das Wort entzogen. Er versuchte gleichwohl, weiter zu sprechen und gab dieses Unternehmen erst auf, nachdem der amtierende Vorsteher Fabian dem Sprecher der DVP., Fallensleben, das Wort erteilt hatte. Dieser legte Protest ein gegen ein Verhalten, das dem bloßen Agitationsbestreben diene, und kündigte an, daß diesem Protest mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln nachgeholfen werden sollte. Und so kam es auch: bei der von der Rechten beantragten namentlichen Abstimmung wurden nur 90 Stimmen abgegeben, da die gesamte bürgerliche Hälfte der Versammlung den Saal verließ — und kurz vor 10 Uhr mußte die Sitzung wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden.

Damit war auch die erste Beratung der Dringlichkeitsvorlage vereitelt, welche der Magistrat eingebracht hatte, um dem

Schiedsspruch

vom 7. April bezüglich der April- und Mailöhne der städtischen Arbeiter zu genügen und zugleich die Mittel für die erforderliche Deckung der neuen Mehrausgaben durch Tariferhöhungen zu gewinnen. Auch bei der Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieser Vorlage und ihre Dringlichkeit hatte es Urich verstanden, durch die Art seines Auftretens sich, nachdem er dreimal zur Sache gerufen worden war, durch Wortentziehung unfreiwillig zum Schweigen bringen zu lassen.

Zu Beginn der Sitzung hatte man die dritte Lesung der neuen Gewerbesteuerordnung zwar begonnen, aber sich bald darauf zur Vertagung entschieden, so daß als einzige Leistung von gestern die endliche Bewilligung der seit November in der Schwebe befindlich gewesenen Teuerungszulage zu den Löhnen der städtischen Guts- und Forstarbeiter zu verzeichnen ist.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft etwas rege. Fische knapper. Geschäft schleppend. Obst und Gemüse schwach. Geschäft still.

*

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Schweinefleisch 36—46 M. **Rindfleisch** 28—35 M., ohne Knochen 36—43 M. **Kalbfleisch** 29—41 M. **Hammelfleisch** 31—40 M. **Rückenfett** 48—50 M. **Schellfisch** 8—9 M. **Seelachs** 8 M. **Dorsch** 5 M. **In Eis:** **Schleie** 22—25 M. **Hechte** 21—25 M. **Aale** 40—50 M. **Lebende Barsche** 19—20 M. **Karpfen** 24—34 M. **Bleie** 15—20 M. **Naturbutter** 58—65 M. **Margarine** 30—40 M. **Schweineschmalz** 45—50 M. **Eier** 4,20—4,50 M. **Wirsingkohl** 8—9 M. **Weißkohl** 6—7 M. **Rotkohl** 9—10 M. **Kohlrüben** 2 M. **Spinat** 5—8 M. **Mohrrüben** 3,50—4 M. **Sellerie** 8—12 M. **Kartoffeln** 3,20—3,50 M. das Pfund. **Erbsen** 9,50—11 M. **Linsen** 15—16 M. **Eiernudeln** 20 M.

Weiß: Jugendheim Chausseestr. 48. Vortrag: „Warum feiern wir den 1. Mai". — **Halensee.** Jugendheim Gemeindeschule Joachim-Friedrich-Straße 35/36. Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder". — **Moabit.** Jugendheim Gemeindeschule Wolderseestr. 21. Vortrag: „Ferdinand Lassalle". — **Neukölln-Süd.** Jugendheim Rogatstr. 53. Diskussionsabend: „Unsere Osterfahrten". — **Nordosten.** Jugendheim Gemeindeschule Heinersdorfer Str. 18. Diskussionsabend: „Wandern". — **Pankow.** Jugendheim Breite Str. 32, Eingang Finanzamt. Vortrag: „Aus dem Leben Jesus von Nazareth". — **Schöneberg** II. Jugendheim Comeniusschule, Frankenstr. 10. Vortrag: „Was ist Sozialismus".

*

Eine Konferenz aller Spiel- und Wanderleiter findet am Sonnabend, den 22. April, abends 7 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, statt. Tagesordnung: „Unsere Sommerspiele und ihre Ausgestaltung". Alle Abteilungen müssen Vertreter entsenden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Erscheinen der Genossen zu den Veranstaltungen stets erforderlich!

2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 21. April, 7 Uhr, Frauenveranstaltung in der Potsdamer Brauerei, Turm-, Ecke Stromstraße (Weißer Saal). — Sonnabend, den 22. April, 7 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Trümper, Flensburger Str. 5. Jede Abteilung muß vertreten sein. Fehlende Jahresberichte und Kassenabrechnungen sind mitzubringen.
7. Kreis Charlottenburg. Die Abteilungen werden ersucht, die Berichte für den Bezirks- bzw. Kreisvorstand bis spätestens Sonntag, den 23. d. M., an den Genossen Will, Schillerstr. 40, einzureichen.
17. Kreis Lichtenberg. Sonnabend, den 22. April, 7 Uhr, Vollversammlung der Elternbeiräte, Klassenvertrauensleute und sozialdemokratischen Lehrer im Rathaus, Möllendorffstraße, Zimmer 25.

Heute, Freitag, den 21. April:

Charlottenburg. Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt: 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 3, Sitzung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen.

Jungsozialisten. Gruppe Lichterfelde: 7½ Uhr im Jugend Albrechtstr. 14a, Vortragsabend. — Gruppe Norden: 7½ Uhr in der Gemeindeschule Publuser Str. 56, Vortragsabend. Thema: „Sozialisierungsvorschläge von Harten". Referent Genosse Lamm. — Arbeitsausschuß: Pünktlich 8 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Sitzung. — Die Duplikatmitgliedskarten und die Mitgliedskarten für Neuaufnahmen werden am Mittwoch auf der Generalversammlung verausgabt. Ebenfalls sind Mittwoch die „Jungsozialistischen Blätter" (Aprilnummer) abzurechnen.

Morgen, Sonnabend, den 22. April:

Bernau. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im Elysium.

Aus der Partei.

Die Jugend-Internationale.

Am 19. April fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung der beiden Bureaus der Arbeiterjugend-Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen (Wien) statt. Es wurde ein Aufruf für die gemeinsamen internationalen Jugendkundgebungen am 23. und 24. Juni vereinbart. Des weiteren wurde beschlossen, die diesjährigen Internationalen Jugendtage abzuhalten vom 13. bis 15. August in Antwerpen und vom 19. bis 22. August in Salzburg, die gegenseitig beschickt werden sollen. In Salzburg soll außerdem eine gemeinsame Komiteesitzung stattfinden, die sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Forderungen der internationalen Arbeiterjugendbewegung beschäftigen soll. Zwischen den beiden Bureaus wurde ferner ein regelmäßiger Korrespondenzaustausch über die internationale sozialistische Studentenbewegung vereinbart.

*

Der zweite Jahreskongreß der dänischen Arbeiterjugend fand in der Karwoche in Kolding statt. Nach der Zerstörung der Organisation durch die Kommunisten waren im Jahre 1920 nur noch 24 Abteilungen mit 2000 Mitgliedern vorhanden. Jetzt ist es nach zweijähriger Arbeit gelungen, eine stolze Organisation von 104 Abteilungen mit 8000 Mitgliedern zu schaffen. Die Kommunisten haben sich infolge ihrer ungeheuren Agitation so entwickelt, daß sie ihren in diesen Tagen einberufenen Kongreß infolge „Mangels an Teilnehmern" absagen müssen. Der Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterjugend war dagegen ein voller Erfolg. Trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und trotz der achtwöchigen Aussperrung war zur Konferenz gekommen, war nur eben konnte.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Frage der Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisation und Sozialdemokratischer Partei. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine Entschließung angenommen, die forderte, daß alle Mitglieder der Jugendorganisationen, die das 22. Lebensjahr erreicht haben, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sein müssen. Damit haben unsere dänischen Freunde ausgesprochen, daß sie fest zu der erwachsenen Arbeiterschaft stehen, daß sie auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze Hand in Hand mit ihr arbeiten wollen. Damit ist der Boden bereitet für eine weitere fruchtbare Aufbauarbeit, gemeinsam mit der Partei der organisierten Arbeiter, der Sozialdemokratie.

Wetter bis Sonnabend mittag: Veränderlich mit geringen Niederschlägen bei frischen nördlichen Winden, aber sehr kühl.

Die Not der Krankenkassen.

Von Carl Schulz.

Der Spruch des Schiedsgerichts über die Festsetzung des Mitgliederpauschals, welches die Berliner Krankenkassen für das erste Vierteljahr 1922 an die Aerzte zu bezahlen haben, ist am 31. März gefällt und hat nach dem zwischen Aerztebund und Verband der Krankenkassen bestehenden Vertrag Rechtsverbindlichkeit.

Durch den Schiedsspruch wird den Berliner Krankenkassen aufgegeben, den Aerzten für jedes versicherte Mitglied pro Jahr 100 M. zu zahlen. Dabei bleibt ganz unberücksichtigt, ob das Mitglied den Arzt in Anspruch nimmt oder nicht. Die einmalige Konsultation eines Arztes kostet der Krankenkasse genau soviel, als wenn der Patient mehrmals zum Arzt geht oder der Arzt den Kranken in seiner Wohnung besuchen muß, was allerdings immer seltener wird, da in der Regel die bettlägerigen Kranken in irgendein Krankenhaus geschickt werden. Die Pauschalzahlungen der Krankenkassen betrugen nun im Quartal April-Mai-Juni 1921 7,50 M., sie steigerten sich für Juli-August-September auf 10 M., und betrugen für Oktober-November-Dezember 1921 12,50 M. Die Steigerung der jetzigen Zahlungen gegenüber dem letzten Quartal beträgt also genau 100 Proz., gegenüber der 10-M.-Zahlung 150 Proz. und gemessen an der Zahlung von 7,50 M. eine solche von 233 Proz. Da diese Steigerungen von den Versicherten aufzubringen sind, müßte man die Lohnsteigerungen derselben seit dem 2. Quartal 1921 in Parallele stellen, braucht dies aber nicht, da feststeht, daß in dieser Zeit Lohnsteigerungen in diesem Umfang nicht erfolgt sind.

Welche Wirkung der Schiedsspruch auf die Zahlungspflicht der Krankenkassen ausüben wird, will ich an einigen anderen Ziffern erläutern. Bei dem 7,50 M. betragenden Pauschal hatten die Berliner Krankenkassen den Aerzten, entsprechend einer Mitgliederzahl von 1½ Millionen, für das Quartal 11¼ Millionen Mark, bei 10 M. = 15 Millionen Mark, bei 12,50 M. Pauschal = 18¾ Millionen Mark und bei 25 M. im Quartal = 37½ Millionen Mark zu zahlen. In Jahresziffern ausgedrückt sind es 45, 60, 75 und zuletzt 150 Millionen Mark. Ohne Zweifel drängen die Tatsachen dazu, daß die Honorarforderungen der Aerzte unter dem System der freien Arztwahl die Krankenkassen zu immer größeren geldlichen Aufwendungen veranlassen müssen, dies führt wiederum dazu, daß den Versicherten die Sozialversicherung als zu teuer erscheint und sie, genau wie die zur Beitragsleistung verpflichteten Arbeitgeber, aus Befürwortern zu Gegnern derselben werden. Soll irgendeine Art der Sozialversicherung von den Versicherten als segensreich angesprochen werden, dann muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Beitragsleistung dafür sich in erträglichen Grenzen bewegt, sollen andernfalls die Beteiligten nicht jedes Interesse verlieren.

Welche Wirkung würde nun der Schiedsspruch und die Honorarfestsetzung auf die Einführung der Familienversicherung ausüben? Zunächst will ich feststellen, daß die Beauftragten der Aerzte es mit einer seltenen Virtuosität verstanden haben, durch immer wieder neu aufgestellte Bedingungen, Rückfragen und Verhandlungen die Einführung der freien Behandlung der Familienangehörigen der Versicherten hinauszuzögern. Ich bin ehrlich und gebe meiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Krankenkassen diese Hinauszögerung als ein Glück betrachten können, denn bei der Höhe des von dem Schiedsgericht festgesetzten Pauschals ist die Einführung der Familienversicherung unter dem System der unbeschränkten freien Arztwahl zur Unmöglichkeit geworden.

Die bisherigen Verhandlungen in dieser Sache drehten sich bekanntlich stets nur um die Art der Bezahlung der ärztlichen Leistungen. Dabei war man scheinbar zu folgender Einigungsformel gelangt: Die Betriebskrankenkassen haben die Möglichkeit, genau festzustellen, wieviele ihrer versicherten Haushaltungsvorstände sind und wieviel Familienangehörige auf jeden Haushaltungsvorstand entfallen. Diese letztere Ziffer wurde mit 1,75 M. von beiden Teilen als richtig anerkannt und demgemäß vereinbart, daß für jeden als Haushaltungsvorstand in Frage kommenden Versicherten seitens der Betriebskrankenkassen neben dem Versichertenpauschal noch das 1,75fache dieser Summe zu zahlen ist, d. h. es wäre für diesen Versicherten und für seine Familie nach dem Schiedsspruch ein Gesamtpauschal von 100 plus 175 gleich 275 M. pro Jahr zu zahlen. Auch dabei wäre es gleichgültig, ob ein Arzt in Anspruch genommen wird oder nicht. In die sich auf Grund dieser Zahlungen ergebende Gesamtsumme werden die von den Aerzten eingelieferten Betriebskrankenkassen-Gutscheine dividiert und sollte der Wert des einzelnen Gutscheins dann auch den übrigen Allgemeinen oder besonderen Ortskrankenkassen in gleicher Höhe mit der Anzahl der für sie eingereichten Gutscheine multipliziert und in Rechnung gestellt werden.

Berechnet man in durchaus mäßiger Weise die Anzahl der auf die Versicherten entfallenden Haushaltungen, für welche die Summe von 175 M. pro Jahr zu zahlen wäre, auf 800 000, so kann als feststehend angenommen werden, daß die Familienversicherung nach den heutigen Pauschalsätzen weitere 140 Millionen Mark kosten würde, die Gesamtzahlungen der Krankenkassen an die Berliner Aerzteschaft also die Nettosumme von 290 Millionen Mark ausmachen würden. Erhöht man hierbei die Zahl der eventuell zur Kassenpraxis bereiten Aerzte von 2500 auf 2900, so ergäbe sich noch für jeden Arzt ein durchschnittliches Jahreshonorar von 100 000 M.

Da aber die Krankenkassen sich derartige ungeheure Zahlungen nicht leisten können, weil die dabei von den Versicherten aufzubringenden Lasten ihnen alles Interesse an dem Weiterbestehen der Sozialversicherung verekeln würde, müssen die Versicherten selbst und auch die Vertreter in den Krankenkassen nach Auswegen suchen, um die Lasten einigermaßen erträglich zu machen.

Die in Berlin vorhandenen Versicherten könnten mitsamt ihren Angehörigen von 1000 Aerzten sehr gut und sehr ausreichend versorgt werden. Würden die Krankenkassen Berlins eine solche Anzahl von Aerzten fest anstellen und ihnen ein Jahresfixum von 150 000 M. garantieren, dann kostete ihnen dies Geschäft insgesamt nur 150 Millionen Mark, sie würden also die für die Einführung der Familienversicherung benötigten 140 Millionen Mark glatt ersparen. An die Ersparung dieser ungeheuren Summe muß aber allen Ernstes gedacht werden. Wenn man sich darüber klar ist, daß die Familienversicherung als eine zwingende Notwendigkeit eingeführt werden muß, daß andererseits die benötigten Gelder selbst bei einer Heraufsetzung des Grundlohnes auf 80 M. und einer weiteren Steigerung der Versichertenbeiträge auf 10 Proz., also auf 8 M. täglich in der höchsten Stufe, nicht einkommen werden, da auch die Verteuerung der Arzneien, Heilmittel, Verbandstoffe, Krankenhauskosten enorme Gelder verschlingen, dann bleibt den Kassen nur die Erwägung übrig, ob die ärztliche Versorgung der Familienangehörigen am zweckmäßigsten durch Errichtung von Beratungsstellen in Eigenregie der Kassen oder durch eine geldliche Zuschußzahlung zu den von den Patienten selbst zu zahlenden Privatarzthonoraren gegeben ist. Der letztere Weg ist zwar bereits von einigen Kassen beschritten worden, ob er den Versicherten und ihren Angehörigen aber Befriedigung bringt, wird von einer großen Zahl von Fachleuten bezweifelt. Fest steht, daß der Gedanke der Einrichtung von Beratungsstellen ein guter ist und daß er marschiert.

Ueber allen Erwägungen muß in erster Linie die Erhaltung und Lebensfähigkeit der Krankenkassen stehen. Da diese die Einführung der Familienversicherung nur gewährleisten können, wenn sie sich nach Kräften von den Fesseln des jetzigen Arztvertrages freimachen, bleibt ihnen nur die Wahl des rücksichtslosen Kampfes gegen die unbeschränkte freie Arztwahl.

Wirtschaft

Der Kampf gegen die gebundene Wirtschaft.

Wenn es in Genua gelingen sollte, die Zusammenhänge zwischen den Problemen der Währung und der Wechselkurse klarzustellen, so wird auch die Wirkung der Reparationen auf Valuta und Wirtschaft behandelt werden müssen, selbst wenn das Reparationsproblem als solches formell nicht zur Beratung kommt. Ist das Ergebnis aber endlich die dringend erforderliche und immer wieder verschleppte Auslandsanleihe und damit eine gewisse wirtschaftliche Atempause, dann kann bei Weltmarktpreisen zum heutigen Dollarstande die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr gehalten werden, zumal dann mit einer Besserung der Mark zu rechnen ist. Stillegung und Arbeitslosigkeit werden dann um so größer werden, je weitgehender die Annäherung an die Weltmarktpreise erfolgt ist. Und diese Annäherung ist von großen Industriekreisen bereits vollzogen und in ihren Gewinnergebnissen ausgeschöpft worden, so daß man schon nach neuen, ebenso leichten Gewinnmöglichkeiten — man meidet natürlich bei derartigen Chancen heute den Weg über Intensivierung — in neuen Preiswellen ausschaut. Diese Möglichkeiten glaubt man noch in den durch die gebundene Wirtschaft zurückgehaltenen Preisen zu finden. Nur hieraus ist der in den letzten Monaten besonders verschärfte Kampf gegen die gebundene Wirtschaft zu erklären. Dieser Kampf ist gerade für die Arbeiterschaft von größter Wichtigkeit. Für sie bedeutet das Aufheben der gebundenen Wirtschaft, daß der Reallohn, welcher bei manchen Berufsschichten schon beträchtlich unter das Existenzminimum des Friedens gesunken ist, noch weiter zurückgeschraubt werden würde, wenn auch vielleicht das Normaleinkommen eine Steigerung — und selbst diese nur durch Kampf — erfahren dürfte. Handel und Industrie haben nun unter den Devisen: „Produktionsförderung“ und „Erhaltung der Kapitalsubstanz“ den Kampf gegen die die „Wirtschaftsfreiheit“ hemmende Gemeinwirtschaft aufgenommen. Ob aber die durch die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft realisierten Mehrwerte wirklich der Produktionsförderung zufließen, muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre bezweifelt werden. Die steigende Gewinnrate setzt sich meist nur relativ in Produktivität um, während die sinkende Tendenz immer absolut intensivierend wirkt. Wenn nun in diesem Zusammenhang dauernd von der Erhaltung des produktiven Kapitals, der Substanz unserer Volkswirtschaft gesprochen worden ist, so wurde bisher nie die Frage gestellt, ob nicht durch diese bei freier Wirtschaft sprungartig steigenden Preise die eigentliche Quelle aller Produktivität, die Volksarbeitskraft, zerstört werden muß. Ohne Zweifel ist der größte, unerträglichste Eingriff in die Substanz unseres Volksvermögens eine auf die Dauer durch Unterkonsum geschwächte Arbeitskraft.

Man wird trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht darum herumkommen, festzustellen, daß die übertriebenen Preissteigerungen der letzten Wochen eine Folge des Abbaues der gebundenen Wirtschaft sind, wozu noch als weitere Ursachen der Abbau der staatlichen Subsidien — wie Lebensmittelverbilligung, Defizite der Eisenbahn und Post — sowie die zu erwartende Wirkung der neubeschlossenen indirekten Steuern kommen.

Erfahrungsgemäß werden die durch diese Maßnahmen begründeten Selbstkostensteigerungen bei zahlreichen Wirtschaftszweigen nicht in der gerechtfertigten Höhe, sondern wesentlich darüber zur Anwendung gebracht. Dies ist der wahre Grund für die zum Teil wucherisch zu nennende Ausnutzung der konsumierenden Bevölkerung. Ein Beispiel hierfür bietet die Preisgestaltung auf dem Markte der Großeisenindustrie.

Nach eingehenden Preisuntersuchungen der amtlichen Stellen konnten sich für den Monat April die Stabeisenpreise auf 8400 M. stellen, welcher Betrag sich noch um 3—400 M. vermindern dürfte, wenn, wie früher, drei Viertel der Exportgewinne zur Inlandsverbilligung herangezogen würden. Statt dessen stellt die Großeisenindustrie ihrerseits einen Grundpreis von 9500 M. auf, wozu ein Kohlensteuerzuschlag von 300 M. kommt, außerdem 450 M. Siemens-Martin-Zuschlag, also im ganzen ein Preis von 10 250 M.

Diese Art der Preisfestsetzung macht es notwendig, daß hier die von der Arbeitnehmerschaft im Eisenwirtschaftsbunde beantragten Höchstpreise durchgeführt werden.

Die Versuche, die letzten Reste der gebundenen Wirtschaft zu beseitigen, treten nicht immer klar zutage. Es werden hierbei oft wenig durchsichtige Wege eingeschlagen. Vielleicht will man auch heute aus politischen Gründen den direkten Weg zur vollen Abschaffung nicht gehen, und man beginnt, auf Umwegen sich dem Ziele zu nähern. Dafür gibt der neue Gesellschaftsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, der am 1. April für die Dauer eines Jahres in Kraft treten sollte (er wurde von uns schon in einem besonderen Artikel besprochen), ein so deutliches Beispiel, daß er mit Recht eine „Privatisierung hintenherum“ genannt wurde. s. a. k.

*

Mit besonderem Eifer richtet sich jetzt der Kampf der Interessenten gegen das geringe Maß von Bindungen, die wir noch in der Ernährungswirtschaft haben. Obwohl bisher die Landwirte als Lieferanten dort, wo man ihnen Bewegungsfreiheit gelassen hat, gänzlich versagt haben, nicht nur wegen der bekanntlich für die Volksversorgung unzureichenden Erzeugung, sondern auch deshalb, weil ihnen ihr Schwein im Stall mehr gilt als der großstädtische Proletarier, verlangen sie unter Androhung des Lieferstreiks die völlig freie Wirtschaft. Bezeichnend für ihre unwahrhaftige Kampfesweise ist die erst gestern wieder von der „Deutschen Tageszeitung“ aufgestellte Behauptung, die Landwirtschaft habe sogar positive Vorschläge zur Brotversorgung gemacht. Es ist nicht ohne Interesse, sich diese „positiven Vorschläge“ einmal näher anzusehen. Also zitieren wir:

„Legt man den von der Regierung bisher als notwendig erklärten Jahresbedarf an Inlandsgetreide in Höhe von 2½ Millionen Tonnen zugrunde, so würde ein Reservebestand von rund 700 000 Tonnen aus neuer Ernte des Inlands für die Zeit bis Ende 1922 als ausreichender Sicherungsfaktor angesehen werden können. Daß mindestens eine solche Brotgetreidemenge im Inlande durch die geeigneten Stellen im freien Handel ohne Schwierigkeiten beschafft werden kann, steht außer Zweifel. Unberührt hierdurch bleiben die mannigfachen Möglichkeiten des Aufkaufs von Auslandsgetreide. Die rechtzeitige Bereitstellung jener Brotgetreidemenge aus neuer Inlandsernte ist zu erreichen bei Zahlung des jeweiligen Marktpreises und durch die Verbürgung eines Preisausgleichs durch die aufkaufende Stelle auf Grund des Durchschnittspreises, der sich nach der tatsächlichen Preisentwicklung für die Zeit bis zum 31. 12. 22 nachträglich feststellen läßt. Unter Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft kann also die Regierung die von ihr für erforderlich gehaltenen Brotgetreidereserven aus inländischer Ernte an die Hand erhalten. Entsprechend kann für den Rest des Erntejahres 22/23 verfahren werden. Das ist ein gangbarer Weg und ein klarer, positiver Vorschlag, der die Sicherstellung der erforderlichen Getreidemengen verbürgt. Hat die Regierung den Willen zu einer besseren und gerechteren Regelung als bisher, dann hat sie auch den Weg.“

Die Agrarier sind also so freundlich, der Regierung zu gestatten, daß sie im freien Handel Getreide kauft. Das ist ja ungemein liebenswürdig und müßte eigentlich noch mit dem Eisernen Kreuz am weißschwarzen Bande ausgezeichnet werden, denn es ist eine echte, große Heldentat. Aber man unterschätzt die Agrarier, glaubte man, daß sie sich mit diesem bescheidenen Dienst zufrieden geben. Jeder Mensch kauft Getreide zum „jeweiligen Marktpreis“. Die Regierung dagegen soll für die „opferwillige Sicherstellung“ des Brotgetreides nicht nur den Marktpreis, sondern sogar einen Ausgleichszuschlag dafür zu zahlen, daß es den Landwirten gelingt, durch Zurückhaltung des Getreides oder durch Verfütterung an das Vieh den Preis später noch weiter zu treiben. Denn daß die Preise steigen, ist ihnen selbstverständlich, und die Landwirte kämpfen ja für die freie Wirtschaft nur, weil sie bei der Jagd um die Valuta die ersten Gewinner sein wollen.

Das ist ein positiver Vorschlag. Der andere ist nicht viel schlechter. Man will eine Brotzuschußsteuer, der nachweisbar Leistungsfähige soll dem Darbenden durchhelfen. Nun gut, dann wäre die Landwirtschaft mit ihren nachweisbar Leistungsfähigen zuerst daran. Aber weit gefehlt! Die Verbraucher sollen Steuern zahlen, die Agrarier, die im Geld schwimmen, finden sogar das „Opfer“, Getreide für den Gestehungskostenpreis plus angemessenem Gewinne in Umlage abzugeben, zu groß, nachdem nachweisbar die Landwirtschaft sich am besten aus all den Steuerschlingen gelöst hat, die der alte und der neue Staat ihr legten.

Ein Eingehen auf diese Forderungen wäre Volksbetrug. Auch die gröbsten Schimpfkanonaden der Agrarier können nicht darüber hinwegtäuschen. Wir brauchen die Aufrechterhaltung der Getreideumlage und die Erhöhung der Umlagemenge, soll nicht das ganze Volk den nach Valutapreisen für Lebensmittel lüsternen Agrariern ausgeliefert werden.

Einzelne
Möbel
in Nußbaum u. Eiche
sow. kompl. Schlaf- und Wohnzimmer, Sofas, Umbauten, Ruhebetten, weiße und farbige
Küchen
zu niedrig. Preisen und auf bequeme
Teilzahlung
Grebler
Weinbergsweg 4, am Rosenth. Tor.
Gr. Ausw. in Gardinen jeder Art, Tisch- u. Diwandecken, sowie überhaupt sämtl. Ausstattungsgegenstände.

Bücher, die jeder Parteigenosse lesen muß!

PARVUS
Der wirtschaftliche Rettungsweg
Parvus gibt in gedrungenster Form eine erschöpfende Analyse, zugleich eine überwältigende Synthese der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. An den internationalen Wirtschaftszusammenhängen zeigt er das unaufhaltsame Hereinbrechen der Weltkrise. Dann aber weist Parvus, der deutsche Keynes, den Weg zur Rettung nicht nur Deutschlands, sondern auch der Welt.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 4 Mark

SCHEIDEMANN
Deutschland in der Welt voran!
Eine Rede, gehalten am 30. Januar 1922 im Reichstag
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 2 Mark

BERNSTEIN
Das Görlitzer Programm der SPD. Deutschlands
„Volkswacht“ für Schlesien: Neben Kautskys in vielen Abschnitten immer noch überaus anregender und lehrreicher Schrift über das Erfurter Programm wird Bernsteins bescheidenere, aber heute durch kein anderes ersetzbare Büchlein bald seinen festen Platz in jeder sozialdemokratischen Bibliothek haben.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 7,50 Mk.

KUTTNER
Warum versagt die Justiz?
„Sächsisches Volksblatt“ vom 20. Dezember 1921: Starke und ergreifende Worte findet der Verfasser für die Notwendigkeit, eine Rechtsprechung zu schaffen, die das Rechtsgefühl des Volkes befriedigt.
„Königsberger Volkszeitung“ vom 31. Dezember 1921: Alles in allem, das Werk Kuttner ruft zur Tat.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 12 Mark

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
und durch den Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114

Lungenkranke
trinkt Apotheker von Löhmanns
Lungenheiltee.
Apoth. Greifswalder Str. 47 u. Apoth. Tegeler Str. 30.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft z. Engrospreise
Scharnow, Lange Str. 35, am Schlesischen Bahnhof

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210 Ecke Kochstr.

Opernhaus
Der Barbier v. Bagdad
7½ Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
7½: Cyrano von Bergerac
Sonnab 7½: Cyrano von Bergerac

Kammerspiele
8: Das Paketboot Tenacity
Sonnab. 7½: Der Meister

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½: Judith
Sonnab. 7½: Judith

Theater i. d. Königgrätz. Str.
7.30: Die wunderlich. Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
7.30: „Gretchen“
Erika Glässner
R. A. Roberts

Berliner Th.
(Gustav-Adolf. Walter Brennert)
7.30: Madame Flirt
Hilde Wörner

Central-Theater
Geschl. Vorstellung
Sonnabend 7 Uhr:
Die Mädels v. Davos

Deutsch Opernhaus
7½: Oberon

Friedrich-Wilhelmst. Th.
8 Uhr Frauenräuber

Intimes Theater
8: U. Bubi will nicht!
Die Peitsche und. J.

Klein. Schauspielh.
7½ Uhr: Der keusche Lebemann

Lustspielhaus
8 Uhr: Werwolf

Metropol-Theater
7½ Uhr: Bajadere

Neues Operett.-Th.
8 Uhr: Lady Chic

Neues Th. am Zoo
8 Uhr: Scampolo

Neues Volkstheater
7½ U.: Schuster Aloios

Schiller-Th. Charl.
8 U.: 5 Frankfurter

Schloßpark-Th.
Steglitz, Schloßstr. 48
Kleines Haus
7½ Uhr: Phyllis
Großes Haus 7½: Liebes Leid u. Lust

Thalia-Theater
7½: Die Herren von und zu . . .
Th. a. Nollendorfpl.
7¾ U.: Verliebte Leute

Theater d. Westens
7½ Uhr: Schwed. Ballett

Theater in d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Gelbstern

Wallner-Theater
7½ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater
7½ U.: Gasthaus der Liebe

Volksbühne
Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr:
Der Traum ein Leben

Lessing-Th.
7½ Uhr:
Kollege Crampton
Sonnabd. 7 z. 1 Male
Mad. Sans-Gêne
Sonnt. u. Mont. 7½:
Mad. Sans-Gêne

Deut. Künstler-Th.
Allabendl. 7½:
Operettengastspiel:
Die Csardasfürstin

Residenz-Th.
Tägl. 7½ Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Irene Triesch, Korff, Bertens, Sandrock

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr
Der Vulkan
Lustspiel v. L. Fulda
Eugen Burg
Limburg
Junkermann

Kleines Th.
Tägl. 7½ Uhr:
Das kleine Schokoladenmädch.
Blondine Ebinger
Albers, Bendow

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7½ U.: Heirat auf Probe

Russ.-Deutsch.-Th.
„D. blaue Vogel“
Gottzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendl.!

APOLLO
8 U. Theater 8 U.
Dir. Jam. Klein
Allabendlich
Die große Ausstatt.-Operette
von Paul Lincke
Venus auf Erden
In den Hauptrollen:
Grete Seilin
Martin Kettner
Fritz Spira
Erna Alberti
Else Reval
30-Damen-Ballett
Varieté-Sensationen
Vorverk. ununterb.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tgl. 7½.
Der neue Schlager:
Der Hette aus Afrika
Vorher vollständig neuer Teil u. a. Singspiel Letzt. Rose. Volkstüml. Preise! Stg. 3½: Der starke Herr

Komische Oper
*
7½ Dir. James Klein 7½

Der Sensationserfolg Berlins!
Der Meister vom Montmartre!
2 Bilder aus dem Liebesleben Offenbachs
unter Verwendung Offenbach'scher Musik.
In den Hauptrollen:
Dr. Waldemar Staegemann,
Margit Suchy,
Balzer Lichtenstein,
Else Möller,
Herbert Kiper,
Hans Werder, Fritz Steidl,
Erich Bartels, Neuburger.
Vorverk. ununterbroch.

Folies Caprice
½8 u. pers. Regie v. Dir. Ant. Herrnfeld
„Nachtdienst“
v. A. u. D. Herrnfeld
„Mandelbaums Hochzeitsreise“
v. A. u. D. Herrnfeld

SCALA
Tägl. 8 Uhr
Internat. Varieté
Sonntag 3.30 zu halb. Preisen das volle Programm!

Metropol-Varieté
Behrenstr. 54
Der tote Punkt
Duette, Terzette von Flinsch-Ziegler
Else Müller
Sänger, Kindl, Pesky
5 Junetros
Slier, Alvari, Libai
Reeves 1 Reeves
2 Borettis, Pilnay, Jupsin-Bario
Lotte Werkmeister

Reichshallen Th.
Allabendl. 7½ Uhr u. Sonnt. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr.
Dönh. Brettl.
Anf. 7½ U.

Circus Busch
tgl. 7½, Sonnt. auch 3 U.
Heute Freitag:
Die große Herausforderungs-Wette!
Mexikaner Szany gegen Matrosen.
Reiterkunste Korsky, Hanagoroff, Zitterbacker, der Seeräuber
Frikt. Korth. u. Gin.-K.

BIL
Potsdamer Str. 36
Es waren zwei Königskinder.
Turmstr. 12
Bruno Kastner
in
Das Geheimnis von Schloß Ronzy
Alexand.-Pl.-Pass.
Schuld u. Sühne
Friedenau, Rheinstr. 14
Gelbstern

Theater a. Nath. Tor
Allabdl. 7½
Sonntags nachm. 3 U.
Elite-Sänger u. s. Ensemble.
Ehemann z. Berl. Anno Tobak
Nachm. halbe Pr.

WINTER-GARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reederei Nobiling
Jeden Sonntag ab Jannowitzbrücke
8 u. 2¼: Wolterdorfer Schleuse
8½ u. 2¼: Berliner Schweiz
9 u. 2¼: Neu-Heringsdorf
Jeden Dienstag u. Donnerstag
2¼ Uhr: Neu-Heringsdorf

UFA
Spielplan vom 21. 4.—27. 4. 22
Ntheres Anschlagsäulen

UFA-PALAST AM ZOO
Das Weib des Pharao

KURFÜRSTENDT.
Die Prinzessin von Toskana.

TAUENTZIEN-P.
Die Tänzerin des Kaiserl. Balletts

MOZARTSAAL KAMMER-LICHT
Friderieus Rex I. u. II. Teil

NOLLEND.-PL. 4
Der Fall Standing. Lucie Stern aus Riga persönlich!

FRIEDRICHSTR. WEINBERGSW.
Die Glocke II.

ALEXANDERPL.
Der Strom

SCHÖNEBERG HAUPTSTR. 49
Der Balalaikengeiger
Knoppchen persönlich! bis einschl. 25. 4. 22

HASENHEIDE 26 VEREINIGTE NEUKÖLLNER THEATER
Friderieus Rex II. Teil

Zu den Friderieus-Rex-Vorstellungen haben Jugendliche Zutritt.

Admirals-Palast
Nur noch bis 23. April geöffnet.
Tägl. 7½ Uhr:
Große Revue
aus:
Flirt in St. Moritz
Die lustige Puppe
Abrakadabra
Die roten Schuhe

Gummi-Sauger 1 M. an. Schwämme 20 M. Spritzen billig.
Damenbinden Dtzd. 6.50, 7.50 Gürt. dazu 2 M.
Verbandwatte 100 g 5 u. 10 M.
Mullbinden, 6 cm × 5 m, 3 M. **Cambricbinden**, 7 m × 6 cm, 6 M. **Irrigatoren**, komplett 10 u. 15 M. **Badethermometer** 5 M. **Fiebertherm.** 20 M. **Unterlagen**, abwaschbar, für Kinder 3 M., für Große 12 M. **Hautcreme** Ia, 1 u. 2.50 M. **Zahnpasta** 1.50 u. 2.50 M. **Zahnpulver**, gr. Karton 2 M. **Mundwasser**, gr. Flasche 1.50 M. **Eau de Cologne**, 80 %, Fl. 8, extragroß 15 M. **Ia Franzbranntwein**, Flasche 8, große 15 M., 1 Liter 60 M. **Lanolin** 30 u. 50 Pf. **Vaseline** 50 Pf. **Toiletteseifen** St. 2, 3, 4 M. **Klosettpapier**, gr. Rolle 2, 3 M.
A. Maas & Co., Berlin
Markgrafenstr. 84, a. der Lindenstr.
9—6 Uhr. Moritzplatz 3672. Gegr. 1890.

Für **Gold- u. Silber-Bruch**
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Inseriere im **Vorwärts**
Großer Erfolg!
Inseraten-Annahme in der Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, sowie in sämtlichen Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)

Gold-, Silber-, Platin-Bruch- u. Münzen kauft zum höchsten Tagespreis u. Goldsilber **Alte Metalle**
Gehlhaar, Waldemarstraße 61.

Brillanten
Perlen, Schmuckstücke jeder Art, Platin, gold. Uhren, Ketten, Ringe, Gold- u. Silbergegenstände kaufen zu unüberbietbaren Preisen zum höchsten Auslandskurs. Pfandscheine lösen ein, zahlen den Wert zu. Verlust erleiden Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen! Ankauf auch mit Rückkaufsrecht.
„Berliner Juwelen-Verwertungsstelle“
jetzt in den neuen Räumen
Potsdamer Straße 118
an der Lützowstraße.
Filiale: Lützowstraße 82. Durchgehend geöffnet von morgens 9 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Lützow 2760.

In ihrer Hand liegt es, die richtige Einkaufsquelle zu wählen. In diskret. Weise
Auf Kredit
Herren-Ulster
Schlüpfer, Paletots
Jackett-, Cutaw.-
Anzüge
Ersatz f. Maß
Damen-Konfektion
Möbel-
Einrichtungen in 4 Etagen
A. DAMITT
Rosenthaler Straße 16-17.

Metall ankaufshalle **Osten** Grüner Weg 80 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing Blei, Zink etc.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Invalidenstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Sonntag, den 23. April, vorm. 9 Uhr, in den Phoenix-Sälen, Müllerstraße 142:
Branchenversammlung
aller Kollegen der Schmiedebranche der Metallindustrie aus den Karosserie-, Brauerei-, Fuhrwerks- und Innungsbetrieben.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Branchenleitung. 2. Anträge. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Sonntag, 23. April, vorm. 9½ Uhr, in Feibels Festsälen, Kolberger Str. 23:
Branchenversammlung
der Kesselschmiede und Helfer sowie der dazu gehörenden Berufe.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Sonntag, 23. April, vorm. 9½ Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße 16:
Branchenversammlung
der Automaten- u. Handschraubenbank-Einrichter.
Tagesordnung: Fortsetzung der Einrichter-Versammlung vom 14. April.
Kollegen! Da äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, ist es Pflicht aller, in der Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
117/5 Die Ortsverwaltung.

Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Bln.-Treptow, Bouchéstr. 17, liefert Stoffe f. Damen u. Herren zu Fabrikpreis. Gr. Auswahl i. d. modernsten Farben für Anzug u. Paletots.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Kisaer Str. 71-73 a, 5 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee
empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausführ.

Gegründet 1876
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenl. lagern.

Am Dienstag verschied sanft und friedlich nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Rendant
Hermann Wetter
im 56. Lebensjahre. 49/208
In tiefster Trauer
Frau Johanna Wetter geb. Dimler, auch im Namen der Angehörigen.
Die Einäscherung meines teuren Gatten findet Mittwoch, 26. April, mitt. 1 Uhr, im Kremat. Gerichtstr. statt.

Bezirksverb. Berlin SPD. 46. Abteilung (Kreuzberg)
Unser Genosse
Friedr. Handke
Prinzenstr. 106
ist verstorben.
Die Einäscherung erfolgt Sonnabd., 22. April, nachm. 4½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.
Ferner verstarb unsere Genossin
Gertrud Tetzlaff
Gitschiner Str. 36
Die Beisetzung der Aschenreste erfolgt Sonnabd., nachmitt. 4 Uhr, auf dem Simeon-Kirchhof, Mariendorfer Weg.
Ehre ihrem Andenken!
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Abt.-Leitg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Walt. Haeschner
Bellermannstr. 12
am 16. d. M. gestorben ist. 117/4
Ehre sein Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 22. April, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Patente erwirken verwerten Ing. Jaeger & Dr. Breslauer Berlin, Gitschiner Straße 106. Broschüre und Beratung gratis.

Metall-Ankauf Königstr. Neue Königstr. 87 zahlt Tagespreise f. **Messing, Kupfer, Blei, Zink** etc.

Poliklinik für unentgeltliche Beratung
für alle Haut- und Geschlechtskrankheiten, Syphilis, nervöse Störungen, bei Mannesschwäche. Dienstag und Freitag 10—11. Höhensonne, Elektrotherapie, Bestrahlungen, Urin- und Blutuntersuchungen. Getrennte Warte- und Behandlungsräume. Broschüre diskret geg. 3 M. Leiden angeben. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, G. m. b. H., Berlin NW 117, Rathenow. Str. (am Kriminalger.). Fernspr. Moabit 9732 73

GOLD-
Silber- * Platin-
Bruch, Ringe, Ketten, Löffel, Bestecks, Brennstifte usw.
Zahngebisse
auch Kautschukgebisse und einz. Zähne kaufen stets zu hohen Preisen die Spezialisten
Gebrüder Fuhrmann
Nollendorfstr. 39 (eine Minute v. Nollendorfpl.)

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 250,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
D. R. G. M.
Ausführlicher Katalog nach auswärts gegen Rückporto.
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl., Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde
von
Dr. Selma Schöter
Auweck
Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
Preis 4,— Mk.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. Lindenstr. 3

Jedes Wort 2.00 M. Das fettgedruckte Wort 3.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.00 M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 4½ Uhr nachm.** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Sie sparen Geld! Wenn Sie im Leihhaus Humboldt, Gerichtstr. 29, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise. Keine Lombardware. *

Leihhaus Spiegel. Chausseestraße 7. Sonderangebot in Anzügen, Schlüpfern, Pelzwaren, Stoffen. Nur beste Qualitäten. Enorm billige Preise. Keine Lombardware. *

Pelzwaren, Sportpelze, Katzensocken, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Zobelfüchse, Wölfe enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestr. 7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gebrpelze, Katzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Spillat, Kolonieestraße 9.

Billige Bettwäsche, da eigene Fabrikation im Hause. Bettbezüge 130.—, Kissen 45.—, Bettlaken 89.— an. Diese Woche bedeutend ermäßigte Preise. Wäsche-, Bakenstoffe, Inlette, Tischtücher, Damaste, Stickereigarnituren staunend billig. Riesige Auswahl. Nur Qualitätsware. Ueberzeugen Sie sich vor Einkauf. Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestraße achtundachtzig (Haltestelle Invalidenstraße). Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7. *

Silberfüchse 500.—, Kreuzfüchse 400.—, Wölfe 500.—, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 3500.—, Sportpelze 1500.—, Gebrpelze. Ferner Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Jaketti-Anzüge, Paletots, wenig gebrauchte, auch neue elegante, verkauft billigst Schneidermeister Fürstenzell, Berlin, Rosenthalerstr. 10. *

Riesenbeste kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor. *

Bettwäsche billiger. Große Posten Deckbetten 170.—, Kissen 59.—, Laken 92.—. Allerletzte Gelegenheit vor weiteren Preissteigerungen. Hemdentuche, Inlette, Damast usw. in allen Preislagen. Diese Woche Detailladen an Private. Zentral-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berlinerstraße 99 (zwischen Wilhelm- und Luisenplatz); Friedenau, Rheinstraße 39 (an der Kaiserallee). *

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 60A, 1. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 575, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexanderbeinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Bettwäsche, noch Zeit, billig einzukaufen. Bettbezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Bettdecken, Bettdaunenstoffe, Drillich, Bettfedern. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger, Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 206/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 206/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Bettwäsche billig, weil eigene Fabrikation. Deckbettbezüge 128.—, Kissen 36.—, Bettlaken 92.— an. Tagesaktuelle Bezüge weit unter Preis! Prima Ueberschlaglaken 395.—, Paradekissen, Züchen, Wäschestoffe, Damaste, Dimitt, Engrospreise. Für Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7. *

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Seelmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. *

Weingartners Pfandleihe, Prinzenstraße 83, verkauft billig erstklassige Monatsgarderobe, Gehrockanzug, Jackeianzug, Cutawayanzug, Paletot, Schlüpfer, Hose. 90/19

Saatkartoffeln, weiße, Pfund 3 Mark. Meyer, Schöneberg, Gustav-Müllerstr. 47.

Kavalier-Garderobe, wenig getragen und neu, billig. Monats-Garderobenhaus „Triumph“, Elsasserstraße 41, zweites Haus von Friedrichstraße. Blaue Firmenschilder. Nur Hofeingang, Elsasserstraße 41. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Roß, Gormannstraße 25/26, früher Wusterhausenstraße. *

Geschäftsverkäufe

Flüchtlinge finden nur preiswerte Existenzgeschäfte mit großen tauschlosen Wohnungen Chausseestraße 116. Freinachweis Degen, Wohnungsamts-Regelung hierselbst. *

Restaurant, Moabit, Wohnung vorbehaltlich Wohnungsamt tauschlos, 16 000. Degen, Chausseestraße 116, Freinachweis.

Zigarren, Kottbuser Tor, 50 Jahre leis Hand, Wohnung vorbehaltlich Wohnungsamt tauschlos, inklusive Ware 25 000.—. Degen, Chausseestraße 116.

Kolonialwaren, Existenzgeschäft, gute Einrichtung, Zufallssache, 25 000. Degen, Chausseestraße 116.

Möbel

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarder Straße achtzehn. *

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststraße 32a, Quergebäude. *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Kordmöbel, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Möbel immer noch zu alten Preisen. Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Ganze Einrichtungen, einzelne Möbel. Kostenlose Lagerung. Liefere auch auswärts. Landwehr, Müllerstr. 7 (Weddingplatz).

Chaiselongue, Chaiselonguedecke 125, Auflegematratzen, wunderbare Wandbehänge. Polsterer, Pappel-Allee 12.

Fahrräder

Fahrrad, gebrauchte und neue, Krauß, Große Frankfurterstraße 52. 91/3

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstr. 10. 149R*

Schallplatten, Kilo 55.—, Aufkäufer 60.—, drei zerbrochene tauscht einen neuesten Schlager Weseloh, Friedrichstr. 9.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 37 (Alexanderplatz). *

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft. Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstr. 75.

Arbeitsmarkt

Schlosserlehrlinge sucht M. Hellwig, Brandenburgstr. 22.

Werkschreiberin für Brix und Siemensstadt sofort gesucht. Offerten S. 127, Herstmanns Annoncenbureau, Potsdamerstraße 4. 156/19

Ausgelernte. Geübte Brennerinnen auf Stehlicht bei hohem Verdienst sucht Auerlicht, Rothestraße 16/19. 91/3*

Geübte Handnäherin für dauernde Beschäftigung sucht S. Silberstein & Co., Gummimäntelfabrik, Köpenickerstr. 118.

Tüchtige Werkzeugmacher auf Schnitte u. Stanzen verl. Weißensee, Lehderstr. 80-82

Erstklassige Karosseriebeschlosser und Lackierer stellt ein
Instituut Karosseriewerke Döring & Co.,
Kommanditgesellschaft, Berlin-Baumschulenweg, Kiefholzstraße 177/178.

Kolonnenführer und Vorreisser
für Eisenhochbau gesucht.
Brass & Kertslet G. m. b. H.
Berlin-Marienfelde.

Bohrwerksdreher
Karusselldreher
stellt ein 1012
NAG Oberschöneweide

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Saargebiet. Zur Leitung unseres Blattes
politischer Redakteur
zum baldigen Eintritt gesucht
Nur erste Kraft kann Berücksichtigung finden. Ausführl. Angebote mit Stilproben erbeten.
Verlag der „Volksstimme“ G. m. b. H., Saarbrücken 3, Schützenstr. 3. *

Chirurgie-Mechaniker
(besonders für Reparaturarbeiten)
Stahl-Instrumentenmacher
Schleifer für Chirurgie-Instrumente
verlangt
Agema Akt.-Ges. vorm. Louis & H. Loewenstein, Fabrik chirurgischer Instrumente u. elektromedizinischer Apparate, Ziegelstr. 26.

Werkzeugkontrolleure
auf allgemeine Werkzeuge
Universalfräser für Zahnrad-, Schrauben- u. Schneckenräder
stellt ein 1008
NAG Oberschöneweide

ZZ Potenfrauen u. Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)	Lübecker Straße 11
Bärwaldstraße 42	Marksaastraße 30
Bastianstraße 7	Müllerstraße 34 a
Boxhagener Str. 62	Petersburger Platz 4
Greifenhagenerstr. 22	Prinzenstraße 31
Immanuelkirchstr. 26	Stralsuner Straße 37
Lausitzer Platz 14/15	Wattstraße 9
	Wilhelmshav. Str. 48

Borsigwalde, Räuschtraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Rechardstr. 7 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niedershönhausen, Treskowstraße 27
Schöneberg, Belziger Straße 37
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13